

# Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.  
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262  
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer, Berlin  
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148  
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
 Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt  
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

## Nach dem Junker ein General

Nach vielem Weh und Ach ist es nun doch soweit gekommen, daß Herr von Papen zur Erholung des deutschen Volkes in die Ferien gegangen wurde. Mit ihm habe zwei ihm ganz gleichwertige Minister die Amtsstuben verlassen. Der Chef des Kabinetts der Barone hat sicherlich großes gewollt, was ja nach dem Dichter schon genügen soll. Und der großen Masse des deutschen Volkes genügt es jedenfalls auch, was dieser Kanzler gewollt, noch mehr aber genügt, was er bewerkstelligt hat. Denn dafür ist so leicht ein Beispiel nicht zu finden.

Herr von Papen wollte vor allem die Wirtschaft ankurbeln. Es ist ihm nicht vergönnt gewesen, noch etwas länger dieses löbliche Handwerk zu betreiben, ansonsten noch der Rest der Wirtschaft davongekurbelt wäre. Das deutsche Unternehmertum sollte seine letzte Chance gehabt haben; und die scheint es auch tatsächlich gehabt zu haben. Am glücklichsten indessen ist dieser Kanzler bei seiner Herzenssache, bei der nationalen Konzentration, gewesen. Denn auf dem ganzen Erdenrund ist kein Regierungschef aufzutreiben, dem die Nation dermaßen massig konzentriert und so ehrlich den Abschied gewünscht hat. In dieser Hinsicht war die nationale Konzentration auch beim Reichsarbeitsminister und dem Reichsinnenminister zu finden. Einem Nachfolger des Herrn Stegerwald wäre es leicht gewesen, sich einen Namen zu machen, wozu bei solcher Vorgängerschaft wahrhaftig nicht viel gehörte. Aber selbst dazu hat dem Dr. Schäffer das Zeug gefehlt. Von ihm weiß man als Lob nur zu sagen, daß er sich still von dem Personal des Arbeitsministeriums verabschiedet hat, und in seinem Interesse muß man wünschen, daß er sich auch künftig still verhält.

Dem Junker von Papen folgt der General von Schleicher im Kanzleramt. Er findet eine auffallend gute Presse, ja selbst mit Vorschußlorbeeren wird nicht gespart. Das ist so unverständlich nicht. Der Abgang des Junkers wird bis weit ins Unternehmertum als eine starke Erleichterung empfunden. Das Kabinett der Barone stellte eine schier unerträgliche Belastung für die übergroße Mehrzahl der deutschen Bürger dar, und die endliche Befreiung von diesem Alpdruck läßt sie aufatmen. Ob das Gefühl der Erleichterung aber lange anhält, ist freilich eine andre Frage. Denn es darf nicht vergessen werden, daß das neue Kabinett nur eines Teils des Kabinetts der Barone ledig ist, während der große Rest der alten ministeriellen Belegschaft uns weiter beglückt. Immerhin glaubt man hoffen zu dürfen, daß nach dem sechsmonatigen Wirrwarr und reaktionären Hochsprung, nach der ständigen Beunruhigung und der Zurschaustellung vormärzlichen Plunders nun endlich und mit einiger Vernunft an die Milderung der himmelschreienden Nöte gegangen wird. In einem solchen ersten Versuch würden schon weite Volkskreise eine Besserung sehen.

Ob dieser bescheidene Wunsch in Erfüllung geht, bleibt abzuwarten. Der Reichstag dürfte sich wohl, nachdem er zwei Tage beisammen war, auf einige Zeit vertagen, ohne die Antrittserklärung oder das Programm des Kabinetts Schleicher vernommen zu haben. Von der sozialdemokratischen Fraktion ist beantragt, die Notverordnungen vom Juli und September aufzuheben, also den Abbau der sozialen Unterstützung und die auf Grund von Neueinstellungen gemachte Lohnkürzung und ähnliches wegzuwischen. Weiter hat die Fraktion eine Winterhilfsaktion, Erhöhung der sozialen Unterstützung, Abbau der Massenbelastung, planmäßige öffentliche Arbeitsbeschaffung und Umgestaltung der Wirtschaft beantragt. Jede einzelne dieser Forderungen ist äußerst berechtigt und dringlich, die dringlichste freilich bleibt die Milderung der entsetzlichen Wirtschaftsnot und der Arbeitslosigkeit.

Die zweitägige Sitzung des neuen Reichstages macht es offenbar, daß die meisten Fraktionen es mit einer Schonzeit für die Regierung Schleicher halten. Dieses Bestreben trat bei den Nazis augenfällig zutage; ihre Konfliktsüßmüdigkeit scheint arg kühl geworden zu sein. Wen könnte das wundernehmen nach der Massenflucht der Wähler? Die Mitläuferschaft hat eben von den „Aufbauwilligen“ erwartet, daß sie ihre Kunst endlich sehen lassen. Die Nazis werden gut tun, die Erwartung zu erfüllen. Das muß ihnen ganz leicht sein. Denn kürzlich hat doch der „Führer“ dem Reichspräsidenten versichert, er werde binnen 48 Stunden ein „kurzes Programm“ vorlegen, wodurch alle Not unmittelbar behoben werde. Der Oberosaf sollte nun sein Programm ohne Zeitverlust dem Reichstag einbringen, andernfalls die Tage der „unwiderstehlichen Volksbewegung“ nach einer bestimmten Richtung hin unwiderstehlich werden.

Die Wirtschaftsnot, die Arbeitslosigkeit ist und bleibt auf viele Jahre hinaus das Problem der Probleme. Demgegenüber ist alles andere Nebensache. Bei diesem Problem haben alle Parteien die Feuerprobe abzulegen; und wer sich vor ihm drückt, wird selbst weggedrückt werden. Der Reichstag muß anstatt Geschichtchen Geschichte machen. Geschichte das nicht, ist es um ihn geschehen.

Die Grundlage der jetzigen, der kapitalistischen Gesellschaft wankt. Wenn sich ihr Fundament verschiebt, zerfällt, kann natürlich auch ihr politischer, juristischer und sonstiger Überbau nicht unverändert bleiben. Auch er wird grundlegenden Verschiebungen, wenn nicht gar dem Untergang unterworfen sein. Parlamente, Regierungen, Einrichtungen, Gedanken, Ideologien und Menschen werden solange wild hin und her geworfen werden, bis es im wirtschaftlichen Untergrund wieder zu einer gewissen Ruhe gekommen ist. Vor dieser Umwälzung, Zermürbung und Vernichtung werden sich nur die Parteien, Einrichtungen und Gedanken und Politiker retten können, die sich für die Lösung des großen Problems nützlich erweisen.

Das Maß der Entbehrung der arbeitenden Menschheit ist voll. Wer nicht imstande oder nicht einmal willens ist, die Drangsal der übergroßen Mehrzahl des Volkes zu beseitigen, hat sein Daseinsrecht verwirkt. Die Natur hätte jeden Sinn verloren, wenn sie Parteien, Ein-

richtungen und Gedanken und Politiker bestehen ließe, die dem Urzweck der menschlichen Gesellschaft nicht mehr genügen.

Von dieser Erwägung aus ist der Wert und der Bestand der neuen Regierung zu beurteilen. Und von derselben Erwägung aus können wir dem neuen Kabinett keine günstige Prognose stellen. Zunächst hat es als Haupt einen General, und es scheint recht fraglich, ob die weltallgemeine Regel, die sehr zuungunsten einer Generalregierung spricht, jetzt durch eine Ausnahme bestätigt wird. Zum ändern muß, um das alles überschattende Übel, um die Arbeitslosigkeit zu mildern, der kapitalistischen Ordnung an Herz und Nieren gegangen werden. Wenn sich die Regierung dazu wirklich entschliesse, wäre sie erledigt. Diese Erkenntnis bestimmt unsre Stellung und unser Urteil über die Nachfolgerschaft des Herrenreiters.

Wir müssen uns schon damit zufrieden geben, wenn unter Herrn von Schleicher der Scherbenhaufen der „grundsätzlich neuen Staatsführung“ nicht noch vergrößert, sondern einigermaßen abgetragen wird. Mehr von dieser Regierung, die personell nur zu einem Bruchteil nicht mehr die alte ist, zu erwarten, heischt einen nicht alltäglichen Glauben.

## Wenn die Wirtschaftskrise endete . . .

F.K. Seit Monaten wird fortgesetzt versichert, nun aber habe die Wirtschaftskrise ihr tiefstes Tief erreicht. Die Wende sei da, es gehe, wenn vorerst auch nur langsam, wieder aufwärts. Dies wurde und wird von sogenannten Autoritäten steif und fest behauptet, und zum Beweis dafür werden allerhand Zahlen angeführt. Hier sind, wie so oft, Gerngläubigkeit und Geschäftspolitik vereint. Hier soll durch Gesundheitsbetriebe der arg geschundene Glaube an den Kapitalismus belebt werden.

Die Unternehmerschaft hat allerwärts den verheißenden Versicherungen freudig zugestimmt. Das Hochgefühl ist mehr durch die goldigen Geschenke als durch wirtschaftliche Überlegung entfacht worden. Inzwischen ist wieder Trübsal über das Unternehmertum gekommen, weil sich die schöne Geschichte von der neuen Prosperität nicht bewahrheitet. Das ist überall so, wie ein gewissenhafter Rundblick über die Erde zeigt.

Von einer Beweisführung für diese Tatsache muß in diesem Zusammenhang abgesehen werden. Möge es genügen, zu erklären, daß die Arbeitslosigkeit, international gesprochen, nicht geringer geworden ist, sondern weiter zunimmt, von der Ausdehnung der Kurzarbeit ganz zu schweigen. Ferner ist, wie kürzlich Professor Hirsch in einer Berliner Zeitung ausführlich dardat, eine Verringerung der internationalen Warenvorräte noch immer nicht wahrzunehmen. Es fehlen also zwei der wichtigsten echten Beweise für den so laut verkündeten Aufstieg. Und jetzt kommen Zeichen, die eine noch weitere Verschlimmerung verheißt: Das englische Pfund ist auf seinen tiefsten Stand seit 1929 gesackt. In den Londoner Blättern ist zu lesen, welche schwere Befürchtungen für die Wirtschaft der neueste Pfundsturz entfacht.

## Eine Ente abgewürgt Erklärung!

Seit längerer Zeit werden im Reiche andauernd Gerüchte verbreitet, wonach zwischen Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und Führern der Nationalsozialisten Verhandlungen mit dem Ziele gegenseitiger Annäherung geführt würden. Wir wiederholen nochmals, daß diese Gerüchte aus der Luft gegriffen und unwahr sind.

Neuerdings wird sogar mit angeblich amtlichen Protokollen gearbeitet, die als Beweis für den „Klassenverrat des ADGB“ dienen sollen. Gestützt auf diese angeblichen „Protokolle“ ist am 2. Dezember d. J. in der Zeitung „Volkswille“ (Lenin-Bund) erneut behauptet worden, es hätten solche Verhandlungen stattgefunden.

Wir erklären, daß diese angeblich amtlichen Protokolle mit ihrem ganzen Inhalt frei erfunden sind. Unser Rechtsbeistand ist mit den erforderlichen Schritten gegen die Verleumder und die Urheber beauftragt worden. Der unverkennbare Zweck aller dieser falschen Behauptungen und böswilligen Erfindungen ist, in der Arbeiterschaft Mißtrauen gegen ihre Führer zu wecken und Zwietracht in die Reihen der Arbeiterbewegung zu tragen.

Berlin, 8. Dezember 1932.

Der Bundesvorstand.

An der obigen Erklärung des Vorstandes des ADGB ist zu erkennen, wie schamlos von bestimmten Seiten jetzt gelogen wird. Wochenlang wurde in der kommunistischen und der gleichwertigen Presse erzählt, es hätten Techtelmechtel zwischen Mitgliedern des ADGB, dem Naziführer Straßer und Ministern stattgefunden, wobei über eine Tolerierung der künftigen Regierung durch die Gewerkschaften verhandelt worden und ein Kabinett etwa Straßer—Stegerwald—Leipart in Aussicht genommen sei oder stehe. Diese fette Ente scheint auch linksbürgerliche Artikelschreiber beeinflusst zu haben. Für jeden halbwegs Eingeweihten war es von vornherein klar, daß die ganze Geschichte eine zweckbewußte Erfindung war. Dies wird nun auch den nicht halbwegs Eingeweihten durch die obige Erklärung klar gemacht.

Nun lassen sich gewiß, so schwer es zur Zeit auch fällt, Möglichkeiten eines wirtschaftlichen Aufstiegs denken. Es sei darum angenommen, die Wirtschaftskrise sei beendet, die geschäftliche Tätigkeit belebe sich wieder und die Zahl der Arbeitslosen ginge allerwärts zurück. Was wäre dann wahrscheinlich bis zur Gewißheit? Nun, allerwärts würden sich die Unternehmer nach Leibeskräften anstrengen, möglichst viel Aufträge, die so lange entbehrten wurden, herein zu bekommen, um die ganze Betriebsanrichtung zu verwerten, damit möglichst viel Gewinn erzielt wird zur Abdeckung der Krisenverluste und zur Ansammlung eines Reservefonds. Das kann man keinem Unternehmer verargen. Denn Verdienen ist ja der Lebenszweck des kapitalistischen Unternehmers. Und diesen Zweck muß er gründlich erfüllen, will er nicht von dem Wettbewerb, der künftig schärfer als je sein wird, ausgestochen werden.

Möglichst viel verdienen aber heißt möglichst billig zu produzieren, heißt mit den leistungsfähigsten Maschinen und Arbeitsmethoden und möglichst geringen Lohnkosten zu arbeiten. Dies heißt weiter, daß es mit der Rationalisierung munter weitergeht. In der Tat rankt sich ja in verschiedenen Ländern, besonders in England, dessen Warenerzeugung technisch weit zurück ist, und in Belgien, die Hoffnung auf siegreichen Wettbewerb auf einer gründlichen Rationalisierung empor.

Gerade in der Krise wird von Erfindern und Technikern fleißig an den Maschinen und Arbeitsmethoden geklügelt und gefeilt. Die Späne sind Arbeitslose. Der Unternehmer wird auch weiterhin trachten, mit noch weniger menschlicher Arbeitskraft auszukommen. Ohnedem kann er nicht glauben, die Konjunktur gehörig auszunutzen und finanzielle Vorsorge für die Zukunft treffen zu können. Gleichzeitig wird allerwärts das Geschrei, hoher Lohn verhindere eine gezielte Ausnutzung der Konjunktur, lauter als je anheben. Und wissenschaftliche Handlanger des Kapitalismus werden haarscharf nachweisen, wieviel leichter der böse ausländische Wettbewerber auszusteichen und welche Masse von Aufträgen mehr hereinzuschaffen sei, wenn die Arbeiter nur etwas „wirtschaftliche Einsicht“ bekunden wollten. Und die Unternehmer, Schlichter und ministerielle Laufburschen werden mit allen Mitteln die Lohndrückerei betreiben. Der höllische Kreislauf in die Tiefe wäre wieder da. Das Sicherste also, was mit dem Ende der Krise kommt, ist die Aussicht auf eine neue.

Soll man sich darüber entrüsten oder wundern? Wer das tut, hat das Wesen des Kapitalismus nicht ertastet. Im kapitalistischen System ist ein neuer Aufstieg nur die Einleitung eines neuen Abstiegs. Der Niedergang des Kapitalismus vollzieht sich in Zickzacklinie, deren niedergehende Zickzacke immer länger werden als die hochgehenden. Hatte doch, was oft vergessen wird, Amerika während seiner letzten vielseitig bewunderten Wirtschaftsbüthe mehr Arbeitslose als je vorher in einer Wirtschaftskrise. England ist bei den wiederholten wirtschaftlichen Besserungen des letzten Jahrzehnts nie sein

## Aus dem Inhalt

	Seite
Nach dem Junker ein General — Wenn die Wirtschaftskrise endete . . .	301
Einbruch in den Kapitalismus — Labusarier	302
Kein Weihnachtsmärchen — Stahlbad Anno 17	303
Strammstehen die Hauptsache — Ein Maschinenfabrikant sucht Betriebskapital	304
Der Streit um die Kriegsschulden — Die Lohnquetsche in Dänemark — Der australische Gewerkschaftskongress	305
Leistung und Verwaltungsaufwand der Gewerkschaften	306



millionenköpfiges Arbeitslosheer los geworden. Und das zu einer Zeit, wo der Welthandel noch bedeutend lebhafter war als heute. Die Zahl der englischen Arbeitslosen ist jetzt wiederum, und zwar um 52 800, hochgegangen (die deutsche, soweit die Arbeitslosen überhaupt amtlich noch erfasst werden, in der zweiten Novemberhälfte um 92 000). Wie ein Londoner Blatt annehmen läßt, beabsichtigt man in England nun ebenfalls für die Beschäftigung von Erwerbslosen Einrichtungen zu schaffen, die volkswirtschaftlich zumindestens nutzlos sind, die aber dazu dienen, die beteiligten Leute mit der Illusion zu erfüllen, sie täten was Nützliches, worauf ja auch der Wehrsport und der Arbeitsdienst in Deutschland — günstigenfalls — hinauslaufen.

Es ist also nicht wahrscheinlich, daß unter dem Kapitalismus eine dauernde Milderung der himmelschreienden Misere eintritt. Das beginnen allgemach auch Leute einzusehen, die bisher der Meinung waren, die Arbeitslosigkeit sei nur ein vorübergehendes Übel. Bei der Erörterung beispielsweise Macdonald kürzlich bei der Erörterung der Adresse an den König im Unterhaus, nachdem er dargelegt hatte, daß es schließlich möglich sei, mehr Leute einzustellen, wenn die Eisen- und Kohlenindustrie sich neu belebten:

„Aber wir werden künftig die größere Produktion haben durch Anwendung von mehr wissenschaftlichen Methoden als je zuvor, und eine wesentlich verringerte Zahl von Frauen und Männern wird in der Produktion Platz finden. Was soll mit den andern gemacht werden? Wir werden einen Bevölkerungsteil haben, den, wenn er sich nicht aus menschlichen Wesen zusammensetzt, man als Alteisenhaufen bezeichnen würde. Werden wir gestatten, daß eine große Menge von Männern und Frauen von womöglich mehreren Millionen zu überflüssigem Alteisen werden?“

Schade nur, daß Macdonald nicht beigefügt hat, wie er oder seine Regierung gedenken, den „Alteisenhaufen“, der ja längst vorhanden ist, zu beseitigen. Wir würden dann bestatigt gefunden haben, daß er darüber nichts Vernünftiges zu sagen weiß. Immerhin geht das eine wenigstens aus Macdonalds Rede klar hervor, daß, wenn sich die geschäftliche Tätigkeit bessert, noch immer ein millionenköpfiges Arbeitslosheer vorhanden bleiben wird; dann werden noch ergiebiger Methoden angewendet werden, damit noch schneller und billiger erzeugt werden kann, das heißt, noch mehr Leute auf Pfahle kommen.

Wenn also die Wirtschaftskrise endete, begänne eine neue und bestimmt keine mildere. Der Aufschwung wäre die Einleitung eines frischen Niedergangs. Die unvereinbaren Gegensätze der kapitalistischen Wirtschaft wären noch schärfer. Aus diesem klaren Sachverhalt muß die Arbeiterschaft die nötige Lehre ziehen. Nur sie, die große Leidtragende der jetzigen Mißwirtschaft, vermag eine Besserung herbeizuführen. Je eher sie beherzt ans Werk geht, desto geringer werden die Opfer sein, die sie noch für die Erhaltung des bankrotten Kapitalismus darzubringen hat.

## Deutschland erwache!

Der Professor Gerhard Käßler von der Universität Leipzig kennzeichnet in treffenden Worten in der Neuen Leipziger Zeitung Hitler und seine Taktik. Nachdem er den „Führer“ in seiner ganzen Nacktheit gezeichnet hat, schreibt er u. a.: „Deutschland erwache! Phrasenhelden und Heizer haben dich jahrelang irregeführt. Sie versprachen dir Freiheit und richteten deine Jugend zum Kadavergehorsam ab. Sie redeten von Deutschtum und Christentum und zeigten dir eine blutrote Fahne mit einem buddhistischen Symbol darauf. Sie verließen dir „Abschaffung des Arbeits- und mühseligen Einkommens“ und schufen eine wohlgenährte Partei-bonzenokratie. Einem Volke, das politische Schriftsteller wie Arndt und Treitschke, politische Geister wie Stein und Bismarck besaß, brachten sie das hilflose Gestammel ihres aus Sentimentalität, Haß und schlechtem Deutsch zusammengefaßten Parteiprogramms und die langweilige Schwarte jenes Berufs- und Dauerredners, der im Münchener Bierkeller „seinen Kampf“ so rühmlich begann und in den Prunkräumen des Berliner „Kaiserhofs“ nun ebenso rühmlich abschloß.“

Deutschland erwache! Gib den Rattenfängern den Abschied und wende den Wolkenkuckuckshaimen den Rücken. Freiheit in der Politik statt der jesuitischen Versklavung aller unter dem Kommando eines „Führers“, der dreizehn Jahre geredet und versprochen und noch nichts geleistet hat. Und sodann sozialer Aufbau, Volksaufbau und politische Selbsterziehung unseres Volkes. Statt der blöden Vermassung und „Kundgebungen“ mit Blechmusik und Sprechören. Die Masse, die die Volksverführung der letzten Jahre zusammenbrüllte und zusammenschmeißte, ist das Unvolk, ungegliedert, ungeordnet, jeder Stimmung und jeder Phrase wehrlos hingegen. Echtes soziales Leben baut sich still von unten auf, in Berufsgruppe und Gewerkschaft, in Genossenschaft, in Jugendbund und Volkshochschule. In solchen Selbsterziehungskreisen können Pose und Phrase nicht lange bestehen, aus solchen Gemeinschaften wachsen im stillen Dienste auch echte Führer auf. Deutschtum, Freiheit und sozialer Aufbau — mit diesen politischen Grundgedanken werden wir den ganzen Spuk und Phrasenwast der letzten Jahre verschrecken. Wir müssen nur endlich wollen und arbeiten — Deutschland erwache!

## Nichts als Kaufkraft leibt

Der Verband Rheinisch-Westfälischer Brauereien schreibt am Schlusse eines Überblicks über sein Gewerbe: „Die Massenkaufkraft ist demartig geschwächt, und die Bedarfsdeckung auf vielen Gebieten so im Rückstand gekommen, daß erst eine gewisse Zeit vergehen wird, ehe wieder wesentliche Mittel für eine Steigerung des Biergenusses frei werden.“ — Das Institut für Wirtschaftsbeobachtung an der Handelshochschule Nürnberg veröffentlicht in der Zeitschrift „Der Markt der Fertigen“ eine Untersuchung über die Auswirkungen des Papierpreises. Über die Möglichkeit der Absatzsteigerung wird folgendes festgestellt: „Die Lohnsummen steigen nicht in gleichem Maße wie die Produktion, so daß hierdurch ein gewisses Mißverhältnis zwischen Mehrerzeugung und Kaufkraftzunahme zu entstehen droht. Die starke Senkung der individuellen Lohnsummen muß zu einer weiteren Bedarfsverlagerung zugunsten des dringenden Bedarfs und der unteren Qualitäten führen.“ — Das Vorstandsmittglied der Reichscreditleitung, Dr. Fischer, führte in seinem Vortrag vor dem Verein Berliner Kaufleute und Industrieller über die Ziele der Wirtschaftspolitik u. a. aus: „Die Zukunft der deutschen Ausfuhr wird auf dem Gebiete der Qualitätsarbeit liegen, für die die Devise „gut und nicht teuer“ maßgebend sein muß. Das setzt selbstverständlich auch Qualitätsarbeiter voraus, die Deutschland sich nur bei einem zureichenden Einkommen des Arbeiters erhalten kann. Nur, wenn die Kaufkraft der großen Masse gesteigert wird, kann auch die Agrarpolitik einen wirklichen Erfolg haben.“

# Einbruch in den Kapitalismus

Die deutsche Republik wäre niemals in die grauenvolle Gefahrenzone hineingeraten, in der sie sich heute befindet, hätte sie den neben manchem anderen durch Gewalt und Unrechtstat zusammengeraubten Großgrundbesitz zwischen Hunderttausenden von Bauernsöhnen und Landarbeitern aufgeteilt. Hunderttausende von Bauern und Millionen ihrer Angehörigen würden aus Eigeninteresse bis zum letzten Blutstropfen die Republik, die ihnen ihr Land gab, verteidigt haben.

Unter diesen Gesichtspunkten kommt einem Buch, das Professor Franz Oppenheimer veröffentlicht (Der dritte Weg, Alfred Protte Verlag), eine große Bedeutung zu. Wir möchten uns allein mit der Stellungnahme Oppenheimers in der Frage der Bodensperre beschäftigen, nicht aber mit seiner Gesamtansicht über die Neuordnung der Wirtschaft, deren Erörterung auf ein anderes Blatt gehört.

Ausgangspunkt der Oppenheimerschen Erkenntnis ist, daß es sich zunächst darum handelt, etwas abzubauen, nämlich das durch Gewalt entstandene Großgrundeigentum, die Bodensperre, die die Schuld daran trägt, wenn die Verteilung der Einkommen so verderblich ungleich ist. Die heutige Einkommensverteilung hemmt die Entwicklung der Gütererzeugung und verhindert uns, so reich zu sein, wie wir es schon heute sein könnten. Menschen darben und verhungern, und gleichzeitig türmen sich die Waren zu Gebirgen, ohne daß Mensch und Ware zueinander kommen können.

Das Großgrundeigentum, schon heute in seinem Bestand nur durch laufende Subventionen in Milliardenhöhe zu halten, ist die gefährlichste, aber auch die gefährlichste Stellung des Kapitalismus. Nicht, weil die Maschinen den Menschen aufs Pflaster warfen, sondern weil der Arbeitsmarkt durch den Zustrom jammervoll armer Menschen wieder überschwemmt wurde, wurde der Lohn in die Tiefe gerissen und die Kaufkraft der städtischen und infolge der Abwanderung auch der bäuerlichen Bevölkerung vernichtet. Die Wanderungsstatistik belehrt uns über die furchtbaren Wirkungen, die die in Gestalt des geschlossenen massenhaften Großgrundeigentums auftretende Bodensperre verursacht. Immer schon war die Landflucht am stärksten, geradezu ungeheuerlich stark, aus den Gebieten des Großgrundeigentums im Osten, der „Bodensperre“, und ebenfalls Südwesten, wo Zirkel- und Kleinbauern im Westen zusammengedrängt ist. Weil wenige Tausend Großgrundbesitzer in Deutschland einen großen Teil des Bodens mit Beschlag belegt haben, muß heute der größte Teil der anderen in Unfreiheit leben.

In Deutschland genügt im Durchschnitt ein Hektar je Kopf, also fünf bis sieben Hektar für die fünf- bis siebenköpfige Familie als Lebensgrundlage. Wenn kein Landwirt in Deutschland mehr als diesen notwendigen Anteil sein Eigen nennen würde, gäbe es in Deutschland nicht 2,5 Millionen abhängige Landarbeiter, nicht über 700 000 Pächter, nicht über 3 Millionen Kleinbauern mit unzureichender Ackeranbahnung, so daß sie gezwungen sind, auf industriellen Nebenerwerb auszugehen und den städtischen Arbeitern den Arbeitsplatz wegzunehmen. Aufgabe einer Siedlungspolitik, die zugleich einen grundsätzlichen Ausweg aus der Krise bedeuten könnte, wäre es, in den nicht bedrängten Bezirken des kleinbäuerlichen Westens und Südwestens durch Aufteilung vorhandener Großgüter und Zuteilung des Landes an unzureichend mit Boden ausgestattete Kleinbauern, Millionen dieser Menschen von dem Zwang zu befreien, durch Lohnarbeit in der Industrie den notwendigen Lebensunterhalt hinzuverdienen. Schon dies würde eine fühlbare Entlastung des städtischen Arbeitsmarktes und einen gewaltigen Rückgang der gegenwärtigen Massenarbeitslosigkeit bewirken. Darüber hinaus ist vor allem das noch riesenhaft vorhandene Großgrundeigentum im Osten durch Bauernsiedlung aufzulösen oder jedenfalls stark zu verkleinern.

Man sage nicht, eine solch massenhafte Ansiedlung werde nur die Verelendung der Siedler zur Folge haben und damit den Siedlungszweck in sein Gegenteil verkehren, da unmöglich Absatz für die dann stark angewachsene bäuerliche Veredelungswirtschaft sein würde. Es soll hier nicht im Einzelnen von der starken Gleichgewichtsstörung unseres volkswirtschaftlichen Körpers gesprochen werden, die, rein zahlenmäßig gesehen, darin besteht, daß wir zu viel Industrie und zu wenig Landwirtschaft haben. Die Industrie ist überfüttert, die Landwirtschaft verkümmert. Noch viel stärker als zwischen diesen beiden Wirtschaftsabteilungen sind die Gleichgewichtsstörungen zwischen der Erzeugungskraft der Volkswirtschaft und ihrer Kaufkraft. Ohne Ab-

wanderung wäre der landwirtschaftliche Markt, das heißt in erster Linie die Nachfrage nach städtisch gewerblichen Erzeugnissen, in Deutschland doppelt so groß an Kopffzahl und vielfach so groß an Kaufkraft. Statt 14 Millionen, von denen die große Mehrzahl arm und kaufschwach sind, würden 26 Millionen ländlicher Bevölkerung ihre Nachfrage nach Erzeugnissen der Industriegewirtschaft richten.

Wie stark der Absatz bäuerlicher Veredelungsprodukte noch vermehrt werden könnte, mögen einige Zahlen beweisen: Der Durchschnittsverbrauch an frischer Milch beträgt pro Kopf und Tag in Luzern 0,9 Liter, in New-Jork 0,85 Liter, in Antwerpen 0,75 Liter, im Durchschnitt von 91 deutschen Städten dagegen nur 0,25 Liter. Wenn jeder Deutsche soviel Frischmilch kaufen könnte wie der Newjorker, so müßten rund fünf Millionen Kühe neu eingestellt werden und 600 000 neue deutsche Mittelbauern könnten glänzend bestehen. Wenn jeder Deutsche täglich eine Schnitte Brot mehr als heute mit Butter bestreichen könnte, würden 800 000 Kühe neu aufgestellt werden müssen und 120 000 Bauern könnten bestehen. Wenn jeder Deutsche nur ein Ei täglich mehr essen könnte, so würden rund 24 Milliarden Eier pro Jahr in Deutschland mehr verzehrt werden. Eine Hühnerfarm ist schon sehr bedeutend, wenn sie täglich 3000, im Jahr rund 100 000 Eier erzeugt. Wir würden also 240 000 solcher Farmen neu einrichten können.

So ist die Beseitigung des Großgrundeigentums heute eine Lebensfrage für die Arbeiterklasse. Die bisherigen Revolutionen, die zwar die staatsbürgerliche Ungleichheit des Feudalismus beseitigen konnten, haben nur halbe Arbeit getan. Es blieb immer bisher die Ungleichheit des Besitzes. Die historische Aufgabe des Sozialismus ist es, diese Entwicklung zu Ende zu führen und die klassenlose Gesellschaft der Freien und Gleichen herzustellen. Der Kampf gegen das Grundeigentum wird der nächste Schritt sein, der getan werden muß. E. N.

## Eine Milliarde neuer landwirtschaftlicher Subventionen

Bei der Übersicht über die Konjunktur der einzelnen Wirtschaftszweige bringen die Vierteljahrshefte des Instituts für Konjunkturforschung (Heft 3) eine Zusammenstellung der im 3. Vierteljahr 1932 neu hinzugekommenen Subventionen an die Landwirtschaft. Auch diese Aufstellung bestärkt den Eindruck, daß sich bei der gegenwärtigen Agrarpolitik die deutsche Landwirtschaft mehr und mehr zum Liebesgabeninstitut der deutschen Volkswirtschaft entwickelt. So wurden durch die Notverordnung vom 3. September 1932 die landwirtschaftliche Steuerlast (Grundvermögen- und Umsatzsteuer) gegenüber dem Vorjahr um 160 Millionen M und durch Notverordnung vom 27. September 1932 die landwirtschaftliche Zinslast um 365 Millionen M gesenkt. Durch eine großzügige Sanierungsaktion der Regierung wurden die landwirtschaftlichen Genossenschaften mit einem Kostenaufwand in Höhe von 250 Mill. M gestützt, indem für diesen Betrag notleidende gewordene Forderungen von Reich und Preußen übernommen wurden. Zur Durchführung der Umschuldung der Landwirtschaft stellte die Regierung weiter den Betrag von 140 Mill. M zur Verfügung, während für die Siedlung die im Verhältnis zu den angegebenen Posten nur bescheidene Summe von 50 Mill. M ausgeworfen wurde. Zu diesen Barsubventionen, die zusammen mit 965 Mill. M fast an die Milliarde heranreichen, kommen noch weitere Subventionen in Form neuer Zollerhöhungen, die im dritten Vierteljahr 1932 für Gurken, Eigelb, Eiweiß, Fruchtsäfte, Gänse und pflanzlichen Talg gewährt wurden.

## Lahusarier

Die Unternehmerpresse plärrt ständig gegen das „marxistische System“; es müsse beseitigt werden, weil es an dem Zusammenbruch der Wirtschaft und an dem Volkselend schuld sei. Um diesen Mumpitz bis ins letzte Dorf zu tragen, hat die große Profitemossenschaft Tausende von Ober- und Untermassosa ausgehalten. Mit diesem Geplärr soll nur die Aufmerksamkeit von der Unfähigkeit und der Bankrottwirtschaft der genialen Wirtschaftsführer und ihrem Gefolge abgelenkt werden. Allein, so dick auch die Lüge aufgetragen wird, die kapitalistischen Eiterbeulen treten dennoch zutage.

Da gab es, um wieder einmal ein Beispiel anzuführen, zu Zeit eine Aktiengesellschaft von Opel & Kühne. Das Unternehmen beschäftigte in den letzten Jahren durchschnittlich 300 Leute. Die Gewinne schienen nicht übel gewesen zu sein, denn 1928 hat der Vorsitzende des Aufsichtsrats mit den beiden Direktoren Kurt und Willy Opel einen Vertrag abgeschlossen, der das Jahresgehalt von 20 000 M für jeden der beiden vorsah. Dazu für „Aufwandsentschädigung“ 4000 M sowie eine Mindestantieme von 12 000 M und für „Heizungskosten“ 1000 M. Das machte für jeden der Direktoren rund 40 000 M. Und das bei 300 Arbeitern!

Mit diesem „Entbehrungslohn“ kamen die Leutchen jedoch nicht aus. Deshalb sahen sie sich nach Gewinnmöglichkeiten um. Wie sie das angingen, wurde vom Amtsgericht in Zeitz klargestellt. Der Bericht sagt hierüber: Im Mai 1932 beantragte das Unternehmen die Eröffnung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens. Der Antrag wurde mit der Begründung abgelehnt, daß die beiden Direktoren die Zahlungsschwierigkeiten herbeigeführt hätten. Nachweislich habe Kurt Opel in den Büchern der Firma vier Arbeiter, die überhaupt nicht existierten, zu höchsten Fabrikarbeiterlöhnen führen lassen, deren Lohn an sich genommen und die Aktiengesellschaft im Jahre 1928 um 13 585 M und das Unternehmen auch sonst in den vorhergehenden Jahren um weitere 35 200 M geschädigt! Ferner habe er Arbeiter beim Umbau seiner Villa auf Kosten des Unternehmens beschäftigt und außerdem große Warenlieferungen für seinen Haushalt auf Kosten des Betriebes verbucht! Zur Strafe für diese niedlichen Geschäftchen war er dann an Stelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von 80 Tagen zu 4500 M Geldstrafe verurteilt worden.

Auch Willy Opel hatte sich allerhand geleistet. Beim Bau seiner Wochenendvilla hatte er zahlreiche Betriebsarbeiter auf Kosten der Firma beschäftigt! Das Haus soll „nur“ 60 000 M gekostet haben und zu einer Zeit gebaut worden sein, als das Unternehmen schon mit Verlust arbeitete. Aus dem Bericht geht auch hervor, daß Willy Opel am 16. März 1932 wegen Verleitung zum Meineid zu 18 Monaten Zuchthaus verurteilt worden sei.

Soweit der Bericht über den Zusammenbruch des Unternehmens. Davon findet man nichts in der Presse der Geldmacher, aber die vermaledeiten Marxisten und die „unerträglichen Löhne“ um so mehr.



Dieselbe Runde mit einem neuen Partner



# Stahlbad Anno 17

Kriegsroman von Peter Riss

Copyright 1980 by Fackelreiter-Verlag GmbH, Hamburg-Bergedorf

Der Herr Feldwebel macht sich nicht die Mühe, seinen Zettel zu vergleichen, wenn sich auf doppelten und dreifachen Aufruf niemand meldet... er müßte ja sechszwanzigmal vergleichen... oha, das macht Arbeit... vielleicht... man kann nicht wissen, meldet sich auch einer nicht, der noch lebt... und dann kann man vielleicht die Löhnung schön nach hinten verschieben.

So etwas ist in der großen Armee des Kaisers oft vorgekommen:

Der Herr Feldwebel erhebt sich, wir haben die Hungerpfennige im Brustbeutel verstaubt und stehen wieder in zwei Gliedern angetreten, hungrig und frierend...

„Hat sonst noch jemand Forderungen an die Kompanie?“, er steigt schon aufs Pferd, — steigt? nein, das stimmt nicht ganz, denn der Bursche, ein vollgefressener Bauernlummel, hebt ihn regelrecht, schiebt und drängt ihn auf den Pferderücken hinauf. Fast hat er ihn oben, da ist plötzlich am linken Flügel ein Tumult, ich blicke hin und sehe, wie zwei Mann Petsch vorschleichen, den kleinen Petsch mit dem großen dreckigen Verband um den Kopf, Petsch, dem das rechte Ohr abgeschossen wurde, ohne daß er nach hinten kommt. Die rechte Seite des Verbandes ist ganz schwarz vom gefrorenen Blut, — es ist immer noch der erste Verband, einen Arzt haben wir noch nicht gesehen. Erschreckt läßt der Bursche den Feldwebel wieder runterrutschen, als er Rufe hört: „Halt! Halt! Hier hat noch einer sein Geld nicht!“

Petsch steht vor der Kompanie, die beiden anderen treten zurück. Ganz allein steht Petsch, hält den Kopf wie im Schmerz eingezogen — seine blauen Hände sind vorschriftsmäßig am lehmgelben Mantel angelegt... Er hat seinen Namen nicht durch den Verband hören können und seine apathischen Kameraden haben ihn nicht angestoßen, als sein Name aufgerufen wurde... ich habe ihn auch nicht gehört...

Komisch, unmöglich sitzt ihm die Feldmütze auf dem dicken Verband, ich sehe seine schmalen, schmalen Schultern vor mir, eine traurige, verhungerte Gestalt, der oberste Kriegsherr kann stolz auf ihn sein...

Der Spieß rast, er stolpert mit vorgestrecktem Kopf auf den Kleinen zu und brüllt ihn an: „Menschenskind, kannst du nicht deine Dreckschüssel aufschperren? Da muß man wegen so einem Kerl von vorn anfangen...“ Petsch taumelt, rafft sich zusammen, der Spieß geht wieder nach dem Tisch und nimmt die Löhnung aus dem Beutel, die er dem vorgetretenen Petsch auf den Tisch wirft...

Da gerät die Kompanie ins Schwanken, fast gleichzeitig treten wir alle einen Schritt vor, dann einige noch einen halben dazu, schon steht alles durcheinander, lautes Murren droht nach dem Tisch hin, der Vize hastet zum Spieß, stellt sich neben ihn, er kennt uns schon...

Die Augen des Feldwebels treten hervor, ist es Angst oder Wut?... er weicht einen Schritt zurück: „Schtil! — ge — schtann!“ brüllt er und hebt drohend eine Faust. Aber das schreckt uns nicht mehr, wir sind schon anderes gewöhnt. Wir stellen uns um die Gruppe herum, im Marschmarsch rennt der dicke Bursche nach den Pferden, furchtsam sich einigemal umwendend...

„Was, was is hier! — los!“ ächzt der Spieß und entwischt noch eben zu seinem Pferd, auf das ihn der Bursche fast hinaufwirft...

Der Gaul häumt sich, die Hacken des Feldwebels trommeln ihm in die Weichen, er reißt das Pferd herum, prescht davon, daß der Dreck ihm um die Ohren spritzt, ganz vornübergebeugt liegt er auf dem Hals des Gauls, sieht sich nicht mehr um. Hinter ihm der Bursche, auf und ab wippend... auf und ab...

Petsch sitzt zusammengebrochen auf dem Lederstuhl, der Vize ist nicht mehr zu sehen, laut brüllt die Kompanie hinter den beiden Helden her:

„Schiebung! Schiebung!! Hööööö... Hööööö!“

Das ist die rote Kompanie... immer weiter dringt der Geist der Rebellion... weiter... weiter von Graben zu Graben... von Quartier zu Quartier...

Es strömt heiß durch den schwachen Leib, Fressen kriegen wir fast nicht mehr... uns nährt nur noch der Haß...

Meine Augen suchen Kilb. Er steht bei Petsch, wie er immer dort steht, wo er am notwendigsten ist. Er läßt ihn in die Scheune tragen, gibt Anordnungen, ist der Führer der Kompanie...

Eine größere Gruppe hat sich abgeteilt. Ich trete hinzu, Güttler hat den Geldsack mit der restlichen Löhnung. Der Bursche hat ihn in der Angst und Hast verloren. „Kameraden!“ brüllt Güttler, „dies ist die Löhnung für unsere gefallenen Kameraden... wollen wir sie teilen?“... „Ja! Ja! Ja!“ Sie teilen... Im Dreck liegt der Beutel, verschwindet unter den Stiefeln...

Rechts am Rande des Marktplatzes ist eine bayrische Kantine. Da gibt es Bier und Zigaretten und Schnaps und Tabak. Dort wird die Löhnung der meisten umgesetzt. Nachmittags liegen verschiedene Betrunkene im Stroh der Scheune und singen:

Akte der Verzweiflung. Sie wollen die Toten vergessen... und sie wollen nicht an das Ende der zehn Tage, die uns von der Hölle trennen, denken.

„Blutgeld!“ sagt Kilb, der neben mir liegt und seine Löhnung zählt, „aber ich will es nach Haus schicken. Da wird meine Mutter sich freuen...“

Ich werde mein Geld auch nach Haus schicken. Ich denke an die verteilte Löhnung der Toten... „Du, Karl, hör mal — ich hab' nichts von dem Geld genommen... das... das... kam mir nicht... ganz... recht vor...“

Kilbs graues, eingefallenes Gesicht lächelt plötzlich spöttisch... er zeigt die Zähne und pfeift hindurch... Dann legt er sich zurück, verschränkt die Hände unter dem Kopf. Unsagbarer Haß zittert gegen die Balken der Scheune:

„Ganz richtig war das, mein Lieber! Ganz richtig! Alles zusammenhauen müssen wir! Den ganzen Dreck!! Hörst du? Den ganzen Dreck! Wenn wir das Geld nicht verteilt hätten, — hinten hätten sie es mit ihren Huren verpraßt! So, nun weißt du Bescheid...“

Er dreht sich herum und zieht den Mantel über den Kopf...

Die Toten... die Toten... sie wollen nicht vergessen werden. Ihre Namen flattern noch umher, umgeistern uns, wirbeln immer wieder hoch wie längst gefallenes Laub, das aber noch nicht wieder Erde wurde. In unseren Lippen, in unseren Fäusten, hinter unseren grubelnden Stirnen leben sie weiter, unsterblich... tote Kameraden, wir vergessen euch nicht.

Adamczyk raschelt durch das Stroh, rüttelt einen nach dem andern hoch, richtet verstört um sich Stierende hoch, überschlägt sich fast vor Freude und Aufregung, lang und graugelblich hängt ein Streifen Verbandes, der sich gelöst hat, ohne daß der Kleine es merkt, ihm über die Schulter. „Kerl!“ brüllt er endlich los, „steht auf, hoch, Menschenskind: Post ist da!“ Und dann flitzt er wieder hinaus mit einem „Juchhu!“ das wie ein reiner Luftzug durch das staubige Gebälk der Scheune fährt...

Vor der Schule stehen wir und wagen kaum zu atmen: wenn nichts dabei wäre für mich, denk jeder und schluckt diese entsetzliche Möglichkeit wie Galle hinunter...

Es ist nicht mehr kalt um uns her, wir spüren keinen Hunger, wir versinken wie in einen luftleeren Raum... Wir starren auf die schwerfälligen Finger des Küchenunteroffiziers, der den Postsack, den er auf einem Treppenabsatz vor sich hingelegt hat, öffnet. Wir knüpfen, Hunderte von Augen, das Band, das er langsam löst, mit auf... „Schneller!“, löst plötzlich Güttler die unerträgliche Spannung, und als der Unteroffizier lächelt, Geringschätzung und Spott um den Mund, rufen schon mehrere erstickte Stimmen: „Anfangen, mein Gott noch mal...“

Und dann liest er den ersten Namen vom Umschlag: „Jan Dieckmann“. Dichter schließen wir den Halbkreis, Jan arbeitet sich von hinten durch, keucht nach vorn, stößt mit den Ellenbogen um sich: „Hier! Hier!“ Der Unteroffizier wirft ihm den Brief zu, flatternd wie ein abgeschossener, weißer Vogel fällt er in den Dreck. Dieckmann rutscht lang auf die Treppe hin, greift mit beiden Händen zu.

„Kohlhagen!“ Der schwarze Jude steht in der ersten Reihe, blickt von rechts nach links, von links nach rechts, einen ungläubigen Zug im Gesicht: er kann es so schnell nicht fassen. In der Scheune muß er gerade beim Abschneiden seines Bartes von Adamczyk überrascht sein, nur die rechte Hälfte seines Bartes steht noch, ein schwarzblaues Dreieck... „Chaim Kohlhagen... na, wo is er denn, der Beschnittene?“ spöttelt der Verteilende und wedelt mit einem gelben Brief. Der Gefreite Buck schiebt Kohlhagen vor, der begreift endlich und streckt seinen halbverbundenen Arm aus. Er setzt sich auf die Treppe, versinkt vor meinen Blicken...

„Paul Schmiedekamp!“ Eine Tabakwolke nebelt plötzlich vor meinen Augen. Heftig pafft neben mir der vollbärtige Alte aus

meinem Unterstand, ich sehe ihn erst jetzt an meiner Seite. Seine Bewegungen sind ganz ruhig und abgemessen, nur die schnell hervorgestoßenen Tabakwolken verraten die Erregung. Jetzt höre ich auch zum erstenmal seinen Namen, der so gut zu ihm paßt. „Langt mal durch!“ Sein Baß zittert etwas. Hände heben sich, geben den Brief weiter von Mann zu Mann, ein zweiter folgt... Schmiedekamp geht langsam in die Scheune zurück... Meine Kehle ist wie zugeschnürt. „Für mich ist nichts da... für mich nicht...“, denke ich wie unter einem Zwang und möchte mich umdrehen und mich in das dreckige Stroh vergraben...

Ganz dicht vor dem Postsack steht Adamczyk. Immer noch nicht hat er die ersehnte Nachricht. Er trippelt von einem Fuß auf den andern, steckt uns damit an, die Kompanie wird unruhig, scharrt hin und her. Adamczyk steht schon fast neben dem Unteroffizier, ungeheure Spannung im Gesicht, mit offenem Mund... „Weg da!“, brüllt ihn der Unteroffizier an, „hast hier nichts zu suchen...“ Aber Adamczyk bleibt stehen, vorgestreckt den halbverbundenen Kopf.

Namen werden aufgerufen, die mir unbekannt sind, nur die Gesichter kenne ich, wenn die Aufgerufenen vortreten. Nein, wir kennen uns noch nicht einmal alle in der Kompanie... Namen werden aufgerufen, nach denen sich niemand meldet. Der Unteroffizier steckt die Briefe in den Armelaufschlag, ruhig, sachlich, so, als könne man denken, die Aufgerufenen seien nur im Augenblick nicht anwesend...

Adamczyk kriecht mit einem geheimnisvollen Gesicht zwischen Kilb und mich, gerade, als ich meinen Brief öffnen will. Er legt seine kleine Hand auf meinen Arm, sieht sich vorsichtig um, kneift die Augen zusammen, sein ganzes Wesen deutet darauf hin, daß er etwas Besonderes berichten will.

Karl wird schon ungeduldig: „Na, denn schieß mal los, Kleener... hab dir man nicht so wichtig, was is denn...?“ Kilb ist furchtbar blaß, es hat ihn doch angegriffen, daß er keine Nachricht von seiner Mutter hat, von dem einzigen Menschen, der ihm noch geblieben ist. Er hockt mit vor den Knien verschränkten Händen, hat sich die Decke um die Schulter gelegt und Sandsäcke um die Beine gewickelt, um sich vor der Kälte zu schützen. (Wird fortgesetzt.)

## Kein Weihnachtsmärchen

Es war einmal ein Vater, der hatte einen kleinen Sohn. Drei Jahre war das Bürschlein alt. Eines Tages sah der Vater, wie der Kleine mit Streichhölzchen spielte. Da durchfuhr den Vater ein gewaltiger Schrecken. Wie, dachte er, wenn der Junge uns das Dach über dem Kopfe anzündete oder die Scheune ansteckte? Das Unglück ist nicht auszudenken; ich wäre ein geschlagener Mann, stöhnte er schwer in sich hinein.

Seine Frau, die als kluges Weib in der Nachbarschaft galt, kam hereingestürzt. Wie, Mann, du stöhnst? Bist du krank? fragte sie. — Seufzend erzählte der Bauer lang und breit das ganze große Unglück, das da käme, wenn...

Aber das kluge Weib lachte. Was, sagte sie, du willst ein Mann sein! Höre zu: wir werden Eimer hinstellen, alle sechs, die ich habe, und du wirst immer zusehen, daß sie mit Wasser gefüllt sind. Und eine Leiter werden wir bestellen, jawohl, eine Feuerleiter. Wir werden auch den Brunnen erweitern lassen müssen, denn es ist nicht allzuviel, was er hergibt, und bis zum Teiche ist es weit.

Dem Manne kam der Mut wieder, als er seine Frau so unternehmend reden hörte. Er wollte nicht hinter ihr zurückstehen. Vielleicht müßten wir für alle Fälle, meinte er, auch eine kleine Privatspritze haben und noch sechs weitere Eimer, die du am nächsten Markttag mitbringen könntest, wie?

Ja, sie meinte das auch. Sie waren sich einig, wie seit langem nicht.

Laß uns doch, spann sie den Faden weiter, gleich eine kleine Feuerprobe machen. Also — es brennt, ich ergreife die Geldkassette und...

Halt! schrie der Mann dazwischen, zuerst ans Wasser, verstanden?

Hö, brauste sie auf, retten, was zu retten ist, du Tölpel. Soll uns wohl einer die Kassette stehlen im Qualm, ehe wir es merken können?

Ha, schrie der Mann noch um einiges lauter: einer allein soll löschen? Wer soll mir die Eimer heraufreichen? Also — halt — hier, die Leiter, nein, so geht das nicht, noch mal von vorne, wir müssen das ganz richtig üben.

Da klopft es. Nachbar Kunz tritt ein und fragt bestürzt, was los sei? Wo es denn brenne? Er meinte das im Scherz? Der Bauer aber nahm's ernst.

Habt eine gute Nase, Nachbar Kunz, sagt er, es ist zwar noch nicht so weit, aber wer weiß? Vielleicht, daß tatsächlich eines Tages einmal Rauch aufsteigt. Darauf müssen wir vorbereitet sein. Es ist eine ernste Sache.

Nachbar Kunz schüttelt verständnislos den Kopf. Ihr müßt wissen, erklärt ihm der Bauer, unser Sohn, der Heini, der spielt jetzt mit Streichhölzern!

Seid ihr denn des Deubels? fährt der Nachbar auf, habt ihr keine anderen Sorgen? Nehmt doch dem Bengel die Hölzer weg!

Ha ha ha, pustet der Bauer und haut auf seine Schenkel, daß es knallt. Hast du gehört, Frau? Wegnehmen sollen wir ihm die Hölzchen, ha ha ha.

Auch die Bäuerin lacht laut heraus. Wegnehmen, wegnehmen? kreischt sie, soll denn der Junge nicht seinen Spaß haben?

Der Nachbar erhebt sich, greift nach seinem Hute, geht — er ist bis heute nicht wiedergekommen.

Auch die andern Nachbarn halten sich vom Hofe fern. Ihnen ist dort nicht geheuer, wo der Bauer von nichts anderem mehr zu reden weiß, als vom Feuer und wie es wäre, wenn es plötzlich brennte.

Von der Feuerversicherung haben die beiden den Bescheid bekommen, daß man sie nicht länger als Mitglieder betrachten könne. Sie grämen sich nicht darüber, sondern sind noch stolz darauf. Außerdem haben sie ihre Eimer, sechs neue dazu, eine Feuerleiter und eine kleine Privatspritze. Heinz, der Sohn, wächst heran und weiß recht genau, was seine Eltern ihm schuldig sind.

Wo der Bauer wohnt, wissen wir nicht. Aber wir wissen ein Volk, das wohnt mitten in einem dunklen Erdteil. Es hat viele Dörfer und Städte, Schulen, Kirchen und Fabriken. Das Volk ist sehr klug, aber es hat Angst. Es hat Angst vor den Nachbarn, zur Rechten und vor den Nachbarn zur Linken. Man hat ihm in der Schule erzählt, daß alle Nachbarn neidisch wären; daß sie ihm dies und das nicht gönnten und daß dieser Neid schon seit Jahrhunderten in ihnen lebe. Man könne gar nicht anders, als sie deshalb hassen. Sie lehrten das auch wieder ihre Kinder. Zwar stünde es ein wenig anders in der Bibel, jedoch in diesem Falle sei es eben etwas anderes, und zwar Landesverrat, wenn man die Feinde liebe; und die solches tun, seien vaterlandslose Gesellen. Der Feind müsse gehaßt werden, und damit basta!

Etlliche Bürger des Landes waren schon drüben gewesen in den Ländern der sogenannten Feinde und hatten festgestellt, daß die Leute dort drüben durchaus friedliche Menschen sind, weder Räuber noch Menschenfresser. Und neidisch? Nein, das konnten sie nicht finden. Sie erzählten das zu Hause. Aber da kamen sie gut an. Sie seien wohl solche Verständigungsbrüder, solche Internationalen? Ob sie wohl gar schwächliche Pazifisten

seien und keine nationalen Kämpfer, wie? Sie hätten wohl keine Ahnung, was der böse Feind mit ihnen vorhabe? Ob sie denn seine Bombenflugzeuge nicht gesehen hätten und die Giftgasfabriken? Und die Tanks und die Kriegsschiffe und die Unmenge Soldaten? Diese Leute und friedlich! Schützen müsse man sich vor ihnen. Denn wenn sie eines Tages kämen, bliebe kein Stein auf dem andern, und sie würden vergast wie Ungeziefer.

Aber hört doch zu, riefen die wenigen, die Bescheid wußten. Hört doch: da drüben ist es genau so: man fürchtet uns, man glaubt, wir gönnten ihnen dies und das nicht, wir wollten sie berauben. Aber in Wirklichkeit ist das alles ganz anders. Laßt euch sagen...

Sie ließen sich nichts sagen. Sie sperrten die Mahner ein.

Die Geschäftstüchtigen aber wurden kühner und priesen ihre Gasmasken an, von denen sie genau wußten, daß sie im Ernstfall für die Katz waren. Dennoch wurden sie die Masken reißend los, und sie gewährten lächelnd bei Mehrabnahme Rabatt.

Baut eure Keller zu Unterständen aus! riefen sie, wir machen euch das beinahe umsonst. Dann wollen wir Luftschutz üben. Linksrum, rechtsrum, kehrt, marsch marsch, wie es wackern nationalen Kämpfern geziemt. Für solche klugen Leute haben wir noch ganz was anderes bereit: Jeder sein eigener Gasfabrikant! Ihr werdet doch nicht den Feind, den bösen, ungestraft ins Land hereinlassen, nicht wahr? Hier, bitte, ist ein Kochbuch. So wird's gemacht. Wozu denn Kunst und Wissenschaft im echten Sinne? Wozu Rechnen und Geographie? Hier, Bürger, sind die giftigen Notwendigkeiten eines kommenden Krieges, bitte, schützt euch!

Wieder standen ein paar Beherzte auf und riefen: Bürger, laßt euch nicht dumm machen. Diese „Schützer“ wollen bloß verdienen an unserer Dummheit, und viel Macht doch nicht mit! Macht aus den Mordflugzeugen Sportflugzeuge, macht aus den Schwertern Ackergerät. Seht euch doch die Kanonenkönige an, die Giftgasfabrikanten, die Bergherren die Panzerplattenfabrikanten. Die kennen keine Grenzen, ihr Geld schließt alle Länder auf, uns aber wollen sie in tausend Angste ketten, damit wir willig bleiben und sie weiter tragen. Glaubst doch nicht, daß man vor Gas sich schützen könnte! Und wenn es trotzdem einen Schutz gäbe, warum denn bloß, warum? Warum jagt ihr euch gegenseitig in Schrecken? Nur um den Unfrieden zu verewigen, den Unfrieden, von dem die Rüstungsfabrikanten leben!

Den Bürgern aber wurde der Kopf mit der nationalen Phrasen verkehrt. Sie waren blind und taub für die Rufe der Warner. Unter den Arbeitern aber waren viele, viele, die schon zu der gleichen Erkenntnis gekommen waren. Kommt, sagten sie zueinander, laßt uns Kämpfer für den Völkerfrieden sein und laßt uns damit beginnen, den Giftgasfabrikanten den Rechenschaft aus der Hand zu nehmen. Aber sie konnten sich über den Weg nicht einigen. Manche gingen auch schon auf eigene Faust los und wurden abgefangen von den Agenten der Rüstungsindustrie, die um das goldige Geschäft bangten.

So kam denn wieder einmal Weihnachten heran, und immer noch stand die Arbeiterschaft nicht dicht genug beieinander. Immer mehr von ihnen wurden brotlos, immer größer wuchs ihre Not. Die Bürger kauften sich Gasmasken, um sie einander unter dem Christbaum zu verehren. Bleisoldaten und Rüstungen glänzten unter den Kerzen, denn früh muß sich üben, wer ein Meister werden will. Mächtig dröhnten die Weihnachtsglocken über das Land und übertönten das Lachen der Reichen, die den Schweiß und die Dummheit der Untertanen in Dividenden verwandelt hatten, und diese Dividenden wiederum zu Pelzen, Autos und kostbaren Geschmeiden.

Die Glocken übertönten auch das Leidestöhne der Armen, der Hungernden, der Frierenden, die nicht mal eine Kerze, geschweige denn ein Stück Brot im Hause hatten. Sie übertönten das Elend der Überzähligen, die schon seit Jahren freudlose Feiertage ununterbrochen verbringen müssen. Die Glocken dröhnen noch jetzt von einem falschen Frieden, der gar keiner ist, der niemals war und der nicht kommt, wenn wir nicht aufstehen und ihn erzwingen. Hildegard K.

## Aus Großer Zeit

In der Nähe von Reims gab es in einem Feldlazarett einen Stabsarzt, der wegen seiner gleichbleibenden Behandlungsmethode wenig beliebt war. Kam ein Soldat vor seine Augen, so konnte ihm fehlen, was wollte, der Stabsarzt sagte: „Sie wollen ein Mann sein? Lächerliche Kleinigkeit, die Ihnen fehlt. Das haben alle Menschen, darunter leidet auch der Kaiser und Ludendorff und ich...“

Einmal kam ein Musketier, der wurde von ihm gefragt: „Wo fehlts?“

„Ich bin total meschugge, Herr Stabsarzt!“ Der Stabsarzt gebrauchte seine übliche Kedewendung nicht, Er schickte diesen Mann ins Lazarett!





# Verbandsleben



## Strammstehen die Hauptsache

Vor einigen Tagen ist die Verordnung der Reichsregierung bekannt geworden, wonach die offenen Arbeitslager im Freiwilligen Arbeitsdienst eingeschränkt, die geschlossenen Lager aber desto mehr gefördert werden sollen. Und es ist kein Zufall, daß einige Wochen vorher schon die Förderungsbeträge erheblich gekürzt wurden. Man treibt bewußt auf den Weg, den man gern beschreiten will. Nebensache ist Arbeitsbeschaffung und Geldverdienen für die jungen Leute, Hauptsache ist, was jetzt ganz deutlich wird, die militaristische Beeinflussung der Jugend. Der Ton, der in den Lagern angeschlagen wird, erinnert an die Kaserne der Vorkriegszeit. Für den Eingeweihten sind diese Dinge nichts Neues; es ist das Bestreben der Reaktion, auf diesem Wege die Jugend in die Hand zu bekommen und damit ihre Vorherrschaft zu sichern.

In der bürgerlichen Presse liest man schwärmerische Ergüsse über die „segensreiche“ Einrichtung, von Kameradschaftsgeist, von Volksgemeinschaft zwischen Akademiker und Arbeiter usw. Damit kann man aber nicht über den wahren Charakter des FAD hinwegtäuschen. Wir sehen den FAD vom sozialen und arbeitsmarktpolitischen Standpunkt. Und von hier gesehen, bedeutet der Arbeitsdienst nur einen Schaden für die Arbeiterschaft.

In einem süddeutschen Lager zum Beispiel ist alles auf militärische Umgangsformen eingestellt. Zunächst ist die feldgraue Uniform zu erwähnen, die dem jungen Mann geliefert wird. Und wo Uniformen getragen werden, müssen selbstverständlich auch „Chargen“ ihr Unwesen treiben. Da ist zunächst der Trupp, das ist die Masse, die Landser, die kommandiert werden. Dann kommt der Vormann, der den Rang eines Gefreiten hat. Nach ihm kommt der Truppführer, der die Tressen des Unteroffiziers trägt. Der Obertruppführer hat den Rang eines Vizefeldwebels. Nach ihm kommt der „Feldmeister“, der gewöhnlich ein Forstbeamter oder ein Geometer ist und im Rang eines Feldwebels steht. Nichts darf vergessen werden, das Tippelehen auf das i wird gesetzt. Die „Mutter der Kompanie“ (Feldwebel) ist unter dem Titel „Verwalter“ zu finden. Der Leiter ist der Hauptmann, der dem Ganzen vorsteht.

Die Chargen sind erkenntlich an der Kokarde und an den schwarzen Spiegeln auf dem Uniformkragen. Sie dürfen nur mit ihrem Rang und in strammer Haltung angesprochen werden. Daß das Grüßen ebenfalls nicht vergessen werden darf, ist nach dem bisher Gesagten verständlich.

Das Innenleben des Lagers ähnelt dem Kasernenleben. Morgens brüllt der Truppführer: „Aufstehen! Kaffeeholen!“ Der Stubenälteste meldet in strammer Haltung die Zahl der Stubeninsassen. Der Leiter begrüßt die Angetretenen mit „n Morgen, Leute!“ Gan- wie zu Wilhelms Zeiten.

Wie lange wird es dauern, und alle Lager sind genau so beschaffen wie das hier geschilderte in Südwestdeutschland. Die nationalen Organisationen werden mit Freuden die Gelegenheit beim Schopf nehmen. Insbesondere werden es hier die Nazis sein, die ihre enttäuschten SA-Jungen dort unterzubringen versuchen. Gerade in den oben erwähnten Lagern wimmelt es von SA-Leuten, denen man jetzt eine Stelle in der „Arbeitsarmee“ versprochen hat, da die Aussichten auf das Dritte Reich merklich abgeklingen sind.

Eine natürliche Folge ist, daß in dem Lager das kriecherische Strebertum sich bemerkbar macht. Die Sucht nach den Tressen und Litzen wird unter den unter dem wirtschaftlichen Druck sich windenden jungen Menschen gefördert und allein als das erstrebenswerte Ziel hingestellt.

Mit Uniformen und Strammstehen will man das Volk über seine Lage hinwegtäuschen und die Jugend ihrer Klasse wieder entfremden. Das wird immer mehr der offensichtliche Zweck des Freiwilligen Arbeitsdienstes. Ernst Schneider.

## Ein Maschinenfabrikant sucht Betriebskapital

Im August hat die Maschinenfabrik Menck & Hambrock in Hamburg-Altona ihre Arbeiter ausgesperrt, weil sie nicht bereit waren, einen neunprozentigen Abzug hinzunehmen. Die Firma brachte es mit Hilfe eines Rechtsanwalts fertig, dem Altonaer Polizeipräsidenten darzulegen, daß die Gewohnheit der ausgesperrten Arbeiter, Posten vor und um den Betrieb aufzustellen, grober Unfug sei. Energischer Einspruch vom DMV machte allerdings diesen Vorstoß unwirksam. Der Rechtsanwalt hätte weit besser getan, darauf hinzuweisen, daß es grober Unfug ist, eine Arbeiterschaft wegen 8 Pfennig Verdienstkürzung anzusperren und dann wochenlang mit vielem Gelde Arbeitswillige zu transportieren, aufzubewahren, zu pflegen und zu bewachen. Dieser Unfug ist für die aussperrnde Firma um so kostspieliger, als nur ein verschwindend kleiner Teil der Arbeitswilligen wirklich Arbeitskräfte sind.

Um das nutzlos verwendete Geld wieder hereinzubringen und für die künftige Fortführung des Betriebes Kapital zu bekommen, hat die Firma unsere Hamburger Verwaltungsstelle, ihre Bevollmächtigte, einen weiteren Angestellten und zwei Mitglieder des Betriebsrates auf Schadenersatz verklagt. Die Firma vertritt den Standpunkt, daß der tariflose Zustand ihr das Recht zu ihrem Vorgehen gab. Daß im tariflosen Zustand die Arbeiterschaft das Recht zur Abwehr hat und darüber hinaus auch berechtigt ist, Forderungen zu stellen, lassen Firma und Rechtsbeistand unbeachtet. Dem Arbeiterrat wird vorgeworfen, die Darlegung der tatsächlichen Verhältnisse der Firma nicht genügend beachtet zu haben.

Um überhaupt den Schein der Berechtigung zur Klageführung zu haben, macht die Firma aus einer Aussperrung eine vom DMV verhängte Sperre. Der Klageschrift sind nicht weniger als elf Anlagen beigelegt, aber die zwölfte fehlt. Das ist der Anschlag der Firma, der die Aussperrung klar aufzeigt. Nach dem Wortlaut dieses Anschlages erklärt jeder Arbeiter durch Aufnahme der Arbeit zu 19. August sein Einverständnis mit der in diesem Anschlag bekanntgegebenen Verdienstsenkung. Nach dieser Bekanntmachung der Firma waren alle Arbeiter, die keinen Lohnabzug wollten, gezwungen, ab 19. August der Arbeit fern zu bleiben. Diesen Tatbestand sucht die Firma zu verschleiern, indem sie vor dem Arbeitsgericht erklärte, der Anschlag sei nur eine Probe aufs Exempel gewesen. Nachdem nun diese Probenabmachung ins Wasser gefallen ist, möchte die Firma die Kosten für ihr mißglücktes Experiment der Gewerkschaft auferlegen.

Selbstverständliche kommt man sich in der Klageschrift auch um die Art der Verhandlungen der Arbeiter und der dort vorgenommenen oder unterlassenen Abstimmungen. Das wirkt um so eigenartiger, als gerade die Unternehmerverbände keinen Menschen Einblick in ihr Geschäftsgeheimnis geben. Bekannt ist auch, daß in den Arbeitgeberverbänden und Innungen bei Arbeitskämpfen fast keine Abstimmungen vorkommen, sondern die Durchführung von Maßnahmen einer Kommission mit Generalvollmacht obliegt.

Trotzdem die Firma die Forderung gestellt hat und die

Differenzen von ihr ausgingen, wird die Schadenersatzklage damit begründet, daß der DMV den Verband der Eisenindustrie oder den Schlichtungsausschuß nicht als vermittelnde Instanz angerufen hat. Obgleich ein Arbeitgeberverband kaum eine vermittelnde Instanz sein kann, hat der DMV den Verband der Eisenindustrie ordnungsgemäß auf die Differenzen aufmerksam gemacht. Vor allem wäre es Pflicht der Firma gewesen, sich an ihren Verband zu wenden, zumal ihr Seniorchef dessen Vorsitzender ist.

Sehr bemerkenswert ist, daß die Firma Menck & Hambrock als Beweis für die Schuld des DMV Zeitungsnotizen aus der kommunistischen Hamburger Volkszeitung vorlegt und diese dann in der Klageschrift mehrfach wörtlich zitiert. Daß der DMV Anfang September mit dem damaligen kommissarischen Polizeipräsidenten in Altona ein Ferngespräch und daraufhin auch einen Schriftwechsel hatte, ist der Firma ebenso bekannt geworden, wie die von der Gewerkschaft an das Arbeitsamt Hamburg gerichteten Schreiben. (Niedliche Zustände! Schriftltg.) Der DMV hat mit diesen seinen Maßnahmen die ausgesperrten Arbeiter nachdrücklich vertreten. Daß ihm dieses ein Unternehmer-Rechtsanwalt zum Vorwurf macht, kann dem DMV nur zur Ehre gereichen; ebenso, wenn es in der Klageschrift wörtlich heißt:

„Es ist an sich gerichtsnotorisch, daß Gewerkschaftsbeamte, wenn sie dies einmal sind, Kampfmittel, die von ihrem Verbands, bei dem sie angestellt sind, ausgehen, in der nachdrücklichsten Art und Weise zu unterstützen pflegen. Das ist so klar, daß darüber weitere Worte nicht verloren zu werden brauchen.“

Der gleiche Rechtsanwalt und dieselbe Firma, die sich auf die kommunistische Zeitung berufen, sagen hier allerdings das Gegenteil von dem, was die RGO-Leute immer wieder von den „Gewerkschaftsbonzen“ behaupten.

Zum Schluß sei noch angeführt, daß die Firma angibt, sich mit ihrer an groben Unfug grenzenden Aussperrung einen Mindestschaden von 7000 M zugefügt zu haben. Sollte dies stimmen, dann bringt die Firma selbst den Beweis, daß die Aussperrung ein kostspieliger Spaß ist. Aus der Schilderung dieser Geschehnisse erkennt man, daß das Unternehmertum glaubt, unter dem Schutz der jetzt gegangenen Regierung Papiere der Arbeiterschaft alles bieten zu können. Weiter sind diese Vorgänge ein treffender Beweis dafür, in welcher Weise die Unternehmer die Zersplitterung in der Arbeiterschaft ausnutzen. Hier helfen nicht Kampfausschüsse, „revolutionäre“ Gewerkschafts-Oppositionen und dergleichen Körperschaften, hier nützt nur eine festgefügte freie Gewerkschaftsbewegung.

## Streikbruch und Klassenverrat der RGO

Fast sieben Wochen streikten die Arbeiter der Firma Stübben in Erfurt zur Abwehr einer Lohnkürzung. Der Streik brach erfolglos zusammen. Diese unerfreuliche Tatsache sucht die kommunistische Presse (siehe Thüringer Volksblatt vom 9. November) in einen Verrat des DMV umzumünzen — um den Verrat ihrer RGO-Helden zu verwischen.

Hier kurz der Sachverhalt des Streiks: Am 23. September wurde von der Firma Stübben ein 40prozentiger Lohnabzug vom 26. September an für die 31. bis 40. Arbeitsstunde bekanntgegeben. Die sofort eingesetzten Verhandlungen des Betriebsrates und des DMV mit der Firma blieben ergebnislos. Von der 179 Mann starken Belegschaft sind nur 51 im DMV. Die Belegschaft beschloß daraufhin, am 26. September in den Streik zu treten. An diesem Tag aber erschien der KPD- und RGO-Mann Angelath, der in der Streikversammlung großmäulig erklärt hatte, daß er und die übrigen RGO-Leute ihren Mann stehen werden, als Streikbrecher im Betrieb und mit ihm einige der sogenannten „revolutionären Unorganisierten“. Am 11. Oktober fiel die zweite RGO-Leuchte, Lüneburg, der streikenden Belegschaft in den Rücken, indem er mit etwa 40 „revolutionären Unorganisierten“ in den Betrieb ging. Am 5. November nahmen weitere Unorganisierte die Arbeit auf, so daß sich die Streikenden gezwungen sahen, den Abbruch des Kampfes zu beschließen, was einmütig geschah. Wie kampfbereit waren die DMV-Kollegen waren, beweist die Tatsache, daß sie trotz der einstweiligen Verfügung gegen den Bezirksleiter des DMV, wodurch den DMV-Kollegen das Streiken verboten werden sollte, weiter im Ausstand verharrten.

Aus diesen Tatsachen geht hervor, daß die Schuld an dem mißlungenen Kampfe ganz die Manhelden der RGO und ihre „Klassenbewußten Unorganisierten“ tragen.

## Lehrreiche Zahlen

Einst hab' ich wie andre Kollegen geschafft und fleißig gewerkt. Ich blättere in meinem Verbandsbuch, dra sind viele Zahlen vermerkt. Und wenn ich die Zahlen addiere, erkenne ich mit staunendem Blick: Was ich dem Verband einst gegeben, gab er mir reichlich zurück.

Es war jede Zahl in dem Buche wohlwollender Trost in der Not. Sie half mir leichter ertragen die Sorgen ums tägliche Brot. Und wenn ich die Sprache der Zahlen studiere, so wie sich gebührt, dann weiß ich, ich bin in den Jahren die richtigen Wege marschiert.

Es mahnen mich ferner die Zahlen und rufen zur Treue und Pflicht damit nicht das mühsam Erreichte zerfällt und in Stücke zerbricht. Ja, sie verweisen mich immer auf unsere erhabenen Bau, und fordern mich auf zu kämpfen im Sinne des DMV.

Die besten Beweise sind Zahlen. Hier warf der Beweis eine erbracht. Sie sind in unserem Verbands Symbol der Kraft und der Macht. Die Sprache der Zahlen ist lehrreich, und wer ihren Sinn hat erkannt und handelt nach ihren Gesetzen, der hält auch die Tren' dem Verband.

Georg Aueham.

## Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin  
Fernsprecher: Dönhoff 67 50 — 67 53

Mit Sonntag, dem 18. Dezember, ist der 52. Wochenbeitrag für die Zeit vom 18.—24. Dezember 1932 fällig.

Dieses Jahr wird wieder ein 53. Wochenbeitrag fällig. Im Monat Dezember 1932 sind deshalb 5 Beitragsmarken zu verwenden. In den alten Mitgliedsbüchern stehen im 53. Beitragsfeld die Worte: „Jedes 6. Jahr“. Die Berechnung war unrichtig und ist deshalb schon seit Jahren in den neu ausgegebenen Mitgliedsbüchern der Vermerk fortgelassen worden. In jedem Gemeinjahr mit 365 Tagen bleibt 1 Tag über 52 Wochen übrig. Im Schaltjahr mit 366 Tagen beträgt die Differenz 2 Tage. Dadurch ergibt sich im Laufe von 6 Jahren eine volle Woche Überschuß. Fallen nun in die Zeit zwischen der Erhebung des 53. Beitrages zwei Schaltjahre, wie es von 1927 bis 1932 zutrifft, so ist ein weiterer Tag mehr, der das Vorrücken der Erhebung um ein Jahr bedingt. Ein Ausfall ist nicht möglich. Der Verband erhebt für die Woche vom 25. bis 31. Dezember den Beitrag und zahlt auch für diese Woche Unterstützung.

Vorstand und Erweiterter Beirat haben beschlossen, bis auf weiteres das Beitrittsgeld auf die Hälfte der statutarischen Sätze aus § 3 Abs. 4 zu ermäßigen.

Das Beitrittsgeld beträgt danach  
für männliche über 18 Jahre alte Personen . . . 50 Pf.  
für weibliche über 18 Jahre alte Personen . . . 25 Pf.  
für Jugendliche beiderlei Geschlechts  
sowie für Lehrlinge . . . . . 15 Pf.

Mitglieder, deren Mitgliedsbücher mit Ende dieses Jahres vollgeklebt werden, wollen schon jetzt ihre zuständige Ortsverwaltung auf diesen Umstand aufmerksam machen, damit Bestellungen rechtzeitig gemacht werden können und sich am Jahresschluß nicht zu stark häufen.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148  
Der Verbandsvorstand

Verbandsanzeigen  
Greiz i. V.; Reichenbach i. Schl.; Schramberg. Lokalgeschenk kann nicht mehr gezahlt werden.

## Jubilarfeiern

Ein seltenes Jubiläum konnte der Kollege Hans Weiß in Katzwang, Verwaltungsstelle Schwabach, begehen. Er ist seit November 1907, also 25 Jahre, als Einkassierer und Vertrauensmann für den Bezirk Katzwang, der bis 1905 eine selbständige Verwaltungsstelle war, ehrenamtlich tätig. Treu und gewissenhaft verwaltete er sein nicht immer angenehmes Amt. Unormidlich, ohne Rücksicht auf die Witterung, unterstützt von seiner Familie, opferte er seine Sonntage, um den Bezirk zu bearbeiten. Auf alle Zweige der Arbeiterbewegung erstreckte sich sein Wirken. Wo es galt, für die Arbeiterschaft einen Kampf zu führen, war Weiß in vorderster Reihe. Wenn heute die Arbeiterbewegung des ländlichen Ortes Katzwang auf einer achtunggebietenden Höhe steht, hat Weiß sein gut Teil beigetragen. Möge uns seine Arbeitskraft noch lange erhalten bleiben.

Am 3. Dezember traten die Mitglieder von Wietze-Steinförde und deren Angehörige zusammen, um den Jubilaren Adolf Pieper, Hermann Lohmann, Oskar Neumann und Franz Werlowitz für ihre 25jährige Mitgliedschaft und für ihre Tätigkeit beim Aufbau der Verwaltungsstelle zu danken, was der Kollege Falk tat, wobei er ihnen die Verbandsehrenurkunde sowie die Jubiläumsnadel überreichte. Im Auftrage des Vorstandes und der Bezirksleitung Hannover würdigte der Bezirkssekretär Tournau die dauernde Hilfsbereitschaft der Jubilare beim Aufbau der Organisation und beim Kampfe um Verbesserung der Lage der Arbeiter in der Erdölindustrie. Für die Jubilare dankte Kollege Pieper für die erwiesene Ehrung. Er schilderte die Schwierigkeiten die beim Aufbau der Organisationen in der Erdölindustrie zu überwinden waren, und forderte die anwesenden Jugendlichen auf, das von den Alten begonnene Werk auszubauen. Bei Musik, Tanz und Unterhaltung blieben die 200 Teilnehmer bis zum Morgen gemütlich beisammen.

## Paul Früngel †

Paul Früngels Tod wird auch in unserer Organisation schmerzlich empfunden werden. Wenn er auch in der Nachkriegszeit eine Tätigkeit für unseren Verband nicht mehr ausübte, so hat er doch vorher in erfolgreicher Weise für die freien Gewerkschaften gearbeitet. Besonders in Ostpreußen wurde seine Pionierarbeit in der Vorkriegszeit erkennbar. Als langjähriger Geschäftsführer in Elbing hat er die damals rechtlosen und schlecht bezahlten Arbeiter der Schichauwerft Verständnis für die freien Gewerkschaften beigebracht. Daß er dafür von dem damals fast allmächtigen Besitzer der Schichauwerft gehaßt wurde, dürfte erklärlich sein. Eine Gefängnisstrafe von drei Monaten mußte Früngel verbüßen, damit die besitzende Klasse in Ostelbien auch ihre Genugtuung hatte. 1910 wurde Früngel unser Bevollmächtigter in Danzig. Auch für die SPD hat er verschiedene Vertrauensämter bekleidet. Nach dem Umsturz übernahm er auf Verlangen seiner Partei den Posten des Polizeipräsidenten in Danzig. Der spätere nationalistische Zug verhinđerte seine Übernahme in den Staatsdienst. Er kam als Polizeipräsident nach Remscheid, von wo er in gleicher Eigenschaft nach Elbing versetzt wurde. Von diesem Posten wurde er wegen der „grundsätzlichen neuen Staatsführung“ im Juli dieses Jahres entfernt.

Der 60jährige Früngel wollte seinen Lebensabend in seiner Heimat bei Rathenow verbringen, aber wegen eines Leidens mußte er vor einigen Wochen in ein Berliner Krankenhaus übersiedeln, das er nun als Toter verlassen hat. Was er für unseren Verband und für die Arbeiterbewegung getan hat, werden seine früheren Kampfgenossen nicht vergessen, Ehre seinem Andenken.



### Die Lohnquetsche in Dänemark

Im nächsten Frühjahr laufen in Dänemark sämtliche Tarifverträge ab. Die Unternehmer kündigen für die Erneuerung der Verträge eine allgemeine Herabsetzung der Löhne und Akkordsätze um 20 vH an. Dies wird damit begründet, daß der dänische Lohn höher als in allen anderen Ländern Europas liegt (zum Beispiel 17 vH über dem schwedischen) und daß dem seit dem Jahre 1928 eingetretenen gewaltigen Preissturz nicht eine entsprechende Senkung des Lohns folgte. Die Unternehmer verweisen ferner auf die im Auslande durchgeführten großen Lohnkürzungen, die eine entsprechende Stärkung der Konkurrenz der ausländischen Industrie bedeuten. Im übrigen wird — wirtschaftliches Chinesentum gibt es demnach auch in Dänemark — auf die mit einer Lohnherabsetzung verbundenen Vorteile für die Wirtschaft verwiesen: Ankurbelung der Produktion, Verbilligung der Produktion und damit der Warenpreise, Vermehrung des Verbrauchs usw., das heißt allgemeine Belebung der Wirtschaft.

Der Vorstand der gewerkschaftlichen Landeszentrale hat zu dem Vorschlag des Unternehmertums beschlossen, jegliche Verhandlungen über die geforderte Lohnherabsetzung um 20 vH abzulehnen. Dagegen erklärt sich der Vorstand zu Vertragsverhandlungen auf völlig freier Grundlage bereit, in dem Antwortschreiben des Vorstandes werden ferner die Behauptungen der Unternehmer, wonach eine Lohnsenkung eine Erweiterung der Beschäftigungsmöglichkeiten und eine Erhöhung der Kaufkraft zur Folge haben würde, widerlegt, und es wird in diesem Zusammenhang auf die Erfahrungen des Auslandes verwiesen, die gerade das Gegenteil beweisen. Nach Ansicht des Vorstandes der Landeszentrale würde eine Verkürzung der Arbeitszeit und ein Verbot jeder Überarbeit viel geeigneter sein, um eine Milderung des jetzigen Notstandes herbeizuführen.

Die weitere Entwicklung in Dänemark läßt sich zur Zeit schwer voraussagen. In Dänemark, das verhältnismäßig spät von der allgemeinen Krise erfaßt wurde, hat die Arbeitslosigkeit eine bisher ungekannte Höhe erreicht. Bei den öffentlichen Nachweisen sind zur Zeit 145 000 Arbeitslose eingetragen gegen 39 000 am 1. Oktober 1931. Von 317 000 Gewerkschaftsmitgliedern waren Ende Oktober 1932 32,4 vH arbeitslos gegen 15,8 vH am 1. Oktober 1931. Obwohl ein allgemeiner Kampf nur zur weiteren Verschlechterung der Wirtschaft beitragen kann, halten offenbar die Unternehmer den Augenblick für gekommen, um diese für sie günstige Lage zu einem Vorstoß gegen die Gewerkschaften auszunützen.

### Was erhalten die Arbeitslosen in Italien?

Die faschistische Diktatur, die vor kurzem ihr zehnjähriges Bestehen feierte und der Welt auch bei dieser Gelegenheit gewaltige Leistungen des faschistischen Staates vortauschen wollte, kümmert sich äußerst wenig um ihre Arbeitslosen. Wie hoch die Zahl der italienischen Arbeitslosen ist, kann man nicht genau feststellen. Als Arbeitssuchende waren in den letzten Monaten stets etwa 1 Million bei den Arbeitsnachweisen vorgemerkt. Da aber nur ein kleiner Kreis der Arbeitslosen öffentliche Unterstützung erhält, meldet sich eine große Anzahl von Arbeitslosen, die keine Aussicht auf Beschäftigung haben, nicht bei den Arbeitsnachweisen. Daher übersteigt die wirkliche Zahl der Arbeitslosen die bei den Arbeitsnachweisen gemeldete sehr wesentlich.

Die öffentlichen Aufwendungen des Staates und der Gemeinden für die Unterstützung der Arbeitslosen sind dennoch in den letzten Jahren angestiegen, da die Zahl der Unterstützten infolge der Verbreitung der Arbeitslosigkeit seit 1930 trotz aller Einschränkungen sich mehr als verdoppelt. Aus öffentlichen Mitteln werden im Jahre 1932, die Ausgaben auf ein Jahr umgerechnet, insgesamt 250 Millionen Lire (55 Millionen Mark) für die Unterstützung der Arbeitslosen verwendet — eine sehr geringfügige Summe. Vergleicht man diesen Betrag mit den Unterstützungen, die die italienischen Banken und Unternehmungen vom Staat erhalten, die in die Milliarden gehen, so wird man auch für diesen faschistischen Staat feststellen, was sich auch in anderen faschistischen oder halbfaschistischen Staaten feststellen läßt. Arbeitslose erhalten, wenn überhaupt, kümmerliche Zuwendungen, während den Unternehmern gewaltige staatliche Unterstützungen zuteil werden.

Der italienische Staatshaushalt zeigt ein von Jahr zu Jahr steigendes Defizit. Der Fehlbetrag belief sich im Finanzjahr 1931/32 auf mehr als 4 Milliarden Lire und wird sich im laufenden Finanzjahr weiter erhöhen. Die Staatsschuld stieg seit 1927 um mehr als 12 Milliarden Lire. Die Finanznöte des Staates kehren sich nun gegen die Arbeitslosen, denen die Unterstützungen vorenthalten werden, während das Defizit selbst wegen der staatlichen Subventionen an die Unternehmer im ständigen Steigen begriffen ist.

### Der Auswanderer stirbt aus

Der gewaltige Rückgang der Wanderbewegung entspringt zwei Ursachen: Bisherige Kolonialländer verschließen sich neuer Einwanderung mit der Begründung, die koloniale Phase ihrer Entwicklung sei abgeschlossen, man fühle sich stark genug, mit den eigenen Menschenreserven die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Landes zu entwickeln. Wichtiger allerdings ist die zweite Ursachenreihe.

Die infolge der Wirtschaftskrise in allen Ländern vorhandene Arbeitslosigkeit löst überall den Wunsch aus, den überfüllten Arbeitsmärkten die fremden Einwanderer fernzuhalten, was auf dem Wege einer der Einwanderung ausschließenden Einwanderungsgesetzgebung zur Durchführung gelangt. Das trifft vor allem auf die Vereinigten Staaten von Amerika zu, die in den letzten 100 Jahren rund 88 Millionen Einwanderer, also im Jahresdurchschnitt etwa 380 000 Einwanderer aufnahmen, gegenwärtig dagegen nach den Ergebnissen des letzten Halbjahres 1931 nur noch eine Jahreseinwanderung von rund 40 000 Menschen haben.

Was die einzelnen Länder anbetrifft, so zählte Deutschland 1931 nur noch 13 644 Auswanderer, von denen über 8000 nach den Vereinigten Staaten auswanderten. Auch in den anderen großen Auswandererländern bleiben die Ziffern außerordentlich gering. So in Italien mit 40 785, Großbritannien und Irland mit 34 310, Polen mit 11 770 Auswanderern. Wie gewaltig diese Ziffern zurückgegangen sind, wird durch die Gegenüberstellung mit früheren Jahren ersichtlich. Für das Jahr 1923 hatte beispielsweise Deutschland noch eine Auswanderung von über 115 000 Personen, Italien von 184 000, Großbritannien von 256 000 und Polen von 55 000. Auf 10 000 Einwohner umgerechnet wanderten 1931 in Deutschland 2,1, in Italien 9,9, in Großbritannien 7,5 und in Polen 3,7 Menschen aus. Auch heute noch ist für die Auswanderer aller Nationen Amerika das große Wanderziel, demgegenüber alle anderen Wanderziele — ausgenommen Asien und Australien für die Engländer — völlig in den Hintergrund treten.

### Aufstieg der Volksfürsorge

Die Volksfürsorge, das große gewerkschaftlich-gewerkschaftliche Versicherungsunternehmen, verzeichnete an Neuanträgen im August 10 025, im September 11 322 und im Oktober 13 218. Wenn auch die Neuanträge gegen früher zurückgegangen sind, so ist doch ein solcher Fortschritt in dieser Zeit hoch zu bewerten. Es liegt an uns, die Volksfürsorge auch hinfert leistungsfähig zu erhalten.

# Der Streit um die Kriegsschulden

Die internationale Wirtschaftspolitik der nächsten Wochen und Monate wird von der neuen Versöhnung des Problems der politischen Schulden, die England, Frankreich und Italien im Verlauf des Weltkrieges gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika eingegangen sind, überschattet. Für Deutschland hat diese neue Etappe des langjährigen Streites zwischen den Verbündeten des Weltkrieges deshalb außerordentliche Bedeutung, weil das Schicksal des Lausanner Abkommens über die Beseitigung der Reparationen letztens doch von der endgültigen Bereinigung des Verhältnisses zwischen Amerika und seinen europäischen Schuldnern abhängt. Man hat in den letzten Monaten in Deutschland eben die Tatsache übersehen, daß England und Frankreich einerseits und die Vereinigten Staaten andererseits mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben und daß insbesondere im Staatshaushalt der Vereinigten Staaten für das laufende Finanzjahr ein Fehlbetrag von mindestens 2 Milliarden Dollar vorhanden ist.

Hoovers Zahlungsaufschub vom vorigen Sommer läuft nun ab, und England und Frankreich müssen formell ihre Zahlungen unbeschränkt wieder aufnehmen, während

aber in beiden Ländern große Unzufriedenheit und Verbitterung.

Der Durchschnittsamerikaner denkt aber etwa folgendes: wenn England und Frankreich die Zahlungen einstellen, dann muß der amerikanische Steuerzahler jährlich 270 Millionen Dollar, also rund 1 Milliarde Mark, aufbringen, um den Schuldendienst für die Kriegsanleihen zu bestreiten. Die Steuern müssen sowieso erhöht werden, um den gewaltigen Fehlbetrag von 8 Milliarden Mark zu decken. Diese Steuererhöhung wird aber noch bedeutend steigen, wenn die alliierten Zahlungen wegbleiben.

England und Frankreich verlangen nun von Amerika erstens einen Aufschub der Mitte Dezember fälligen Rate, und zweitens die grundsätzliche Streichung der politischen Schulden. Die öffentliche Meinung in Amerika ist gegenüber diesen Forderungen sehr geteilt. Die Politiker, das heißt jene Kreise der beiden großen Parteien, die kraft ihrer Stellung gezwungen sind, mit den Vorurteilen der breiten Wählermassen zu rechnen, verlangen vorläufig die Zahlung der fälligen Dezemberrate und wollen angeblich über die Streichung oder wesentliche Verminderung der Zahlungen mit sich nicht reden lassen. In Wirklichkeit wissen sowohl Hoover wie Roosevelt, daß das Problem der alliierten Schulden in eine neue Phase getreten und daß eine radikale Lösung nicht zu vermeiden ist. Die Wirtschaftler aber, das heißt die Vertreter des Großkapitals, in erster Linie die Banken, bringen schon heute den Forderungen der früheren Verbündeten in der Kriegsschuldenfrage vollste Sympathie entgegen. Man ist in diesen Kreisen fest davon überzeugt, daß die Weiterzahlung die Besserung der Weltwirtschaft verhindern oder jedenfalls verzögern wird. Man begrüßt dort daher die aus Europa verbreitete Nachricht, daß die Verbündeten eine Endzahlung von 1 Milliarde Dollar vorschlagen wollen, welche Summe ja sich annähernd mit der Lausanner Verpflichtung Deutschlands decken würde. In Wallstreet, dem New Yorker Bankenviertel, verißt man eben nie die Tatsache, daß auch heute noch, trotz Krise und Einfuhrbeschränkungen, Europa, vor allem seine großen Industriestaaten England, Deutschland und Frankreich, die besten Kunden Amerikas sind. In dem am 30. Juni 1931 endenden Fiskaljahr, in dem England und Deutschland ihre Einfuhr schon stark eingeschränkt hatten, gingen noch 18 vH der amerikanischen Ausfuhr nach England und 8 vH nach Deutschland. Für die weltwirtschaftliche Einstellung der amerikanischen Banken ist folgende Äußerung bezeichnend, die unlängst B. M. Anderson, der wirtschaftliche Beirat der einflußreichen Chase National Bank, getan hat: „Wir begegnen stets der Frage, warum wir versuchen, Europa wiederherzustellen, anstatt unser eigenes Wirtschaftsleben. Die Antwort ist: wir sind ein Teil einer Weltwirtschaft und können allein nicht vorwärts kommen.“

Für Europa und besonders für Deutschland hängt sehr viel davon ab, in welchem Tempo diese weltwirtschaftliche Einsicht sich der breiten Massen der amerikanischen Bevölkerung bemächtigt. Denn sollte der amerikanische „Mann auf der Straße“ bei seiner starren Ablehnung gegenüber dem Schuldenstreit verharren, der ihm heute noch eigentümlich ist, dann kann das verfluchte Reparationsproblem, das ja nach Lausanne begraben schien, wieder in seiner ganzen Schärfe auftauchen und die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich noch mehr vergiften.

Wir können von dieser Seite des großen Teiches auf den Durchschnittsamerikaner nicht direkt einwirken. Die einzige Möglichkeit der Beeinflussung jedoch besteht darin, daß man ihm plausibel macht, Europa werde die Entlastung von den politischen Schulden nicht zu einem neuen Wettstreit gebrauchen. Solange das Problem der europäischen Befriedung und Abrüstung noch so im Trüben liegt wie heute, wird es zermüht schwer sein, die öffentliche Meinung Amerikas im günstigen Sinne zu beeinflussen. Wollen wir eine Besserung der Wirtschaft, dann müssen wir die politischen Schulden aus der Welt schaffen. Die Beseitigung der politischen Schulden ist aber eng mit der Befriedung Europas verknüpft. Eins der größten Hindernisse auf dem Wege zur europäischen Befriedung ist jedoch das heutige militärisch-absolutistische Regime in Deutschland.

Gregor Bienstock.



Dieses Bild, das dem Washingtoner Gewerkschaftsblatt „Labor“ entnommen ist, zeigt treffend, wie der gewöhnliche Amerikaner über das Schuldenproblem denkt.

Deutschlands Verpflichtungen durch Lausanner Vereinbarungen auf eine Summe zurückgeführt sind, die keinesfalls ausreicht, um die Verpflichtungen Englands und Frankreichs gegenüber Amerika zu decken. Dadurch wird aber für England und vor allem für Frankreich der ganze Vertrag von Lausanne, der ja noch nicht von den Parlamenten angenommen ist, in Frage gestellt. Soll unser Steuerzahler, fragt man sich nämlich in England und Frankreich, die Bürde der politischen Schulden weiter tragen, während der Deutsche nunmehr davon im wesentlichen befreit ist?

Die Engländer haben immer den Standpunkt eingenommen, daß sie von ihren politischen Schuldnern, also in erster Linie von Deutschland und Frankreich, nicht mehr Geld haben wollen, als sie selbst an Amerika zahlen müssen. Die Franzosen, die früher ihre Forderungen viel höher spannten, haben sich in Lausanne dazu bequemen müssen, die englische Formel anzunehmen. Nun stellt sich aber heraus, daß die von den früheren Verbündeten verlangten Opfer viel höher sind. Wenn Deutschland nicht mehr zahlt, so müssen die französischen und englischen Steuerzahler jetzt aus eigener Tasche die Zahlungen an Amerika leisten. Das erzeugt

## Der australische Gewerkschaftskongreß

Der Kongreß stand im Zeichen der Stärkung der Gewerkschaften. Angesichts der immer größeren Zusammenfassung der Machtmittel in den Händen der Bundesregierung müssen auch die Gewerkschaften den Nachdruck der Aktion von den einzelnen Staaten auf das ganze Land verlegen. Da früher das Hauptgewicht der gewerkschaftlichen Tätigkeit auf die einzelnen Staaten gelegt wurde, kam der Australische Gewerkschaftsrat (ACTU) ziemlich spät (1927) zustande. Auch heute noch trägt der Rat nicht den ausgesprochenen Charakter einer Landeszentrale, sondern ist mehr eine lose Vereinigung von örtlichen und staatlichen Kartellen, Organisationen der einzelnen Staaten und nationalen Verbänden. Von den Organisationen, die außerhalb des Rates stehen, nimmt vor allem die Australian Workers Union (AWU), die in nationalem Rahmen insbesondere die Landarbeiter und die Arbeiter der Schafzucht umfaßt, einen bedeutenden Platz ein. Der Kongreß, der nicht weniger als 130 Delegierte umfaßte, legte daher auch den größten Nachdruck auf eine tatkräftige Werbung für die Industrieverbände, wobei scharf Stellung genommen wurde gegen die AWU, „die von der allgemeinen Bewegung absieht und sich in einem so ausschlaggebenden Moment der Wirtschaftsgeschichte des Landes der geeinten Aktion fernhält“. In seinem Tätigkeitsbericht betonte der Sekretär der ACTU, C. Crofts, „daß der Kongreß im Namen der ganzen Arbeiterschaft spreche, da die AWU die einzige nicht vertretene größere Organisation sei. Keine abseits stehende Gruppe oder irgendwelche politische Partei kann deshalb später bei der Festlegung der Politik der Arbeiterschaft behaupten, im Namen des Ganzen zu sprechen“.

Auf sozialpolitischem Gebiet wurde nach einer langen Erörterung beschlossen, die Erweiterung der Verfassung Australiens zu verlangen, um die Unfallversicherung auf eine nationale Basis zu stellen und der Bundesregierung zu ermöglichen, auf

dem Gebiet der Sozial- und Wirtschaftspolitik nationale Gesetze zu erlassen. Schon jetzt wurden die Verbände aufgefordert, sich in Fragen der Arbeitszeit oder der Grundlöhne nicht ohne die Zustimmung der ACTU und der gewerkschaftlichen Zentralinstanzen der einzelnen Staaten an irgendwelche Schiedsgerichte zu wenden. Es müsse eine Einheitsfront auf dem Gebiete der Forderung der einheitlichen 30-Stunden- oder Fünftagewoche mit gleichzeitiger Erhöhung der Löhne um 25 vH angestrebt werden. Die Bundesregierung soll zur sofortigen Einführung einer nationalen Arbeitslosenversicherung aufgefordert werden, deren Finanzierung aus einem fixen Budget erfolgen soll.

Auf wirtschaftlichem Gebiet wird die bis jetzt erfolgte Befürwortung einer Schutzzollpolitik für die Zukunft strikte davon abhängig gemacht, daß die Zölle nur solange in Kraft stehen, als die Firmen, denen sie zugute kommen, anständige Lohnbedingungen aufrechterhalten. Im Interesse einer einheitlicheren nationalen Wirtschaftspolitik und des systematischen Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit wurde die Errichtung eines nationalen Wirtschaftsrates aus Vertretern der Regierung, der Arbeiter und der Unternehmer empfohlen. Endlich sprach sich der Kongreß für einen Kampf zugunsten der Gemeinwirtschaft aus. Dieser Beschluß ist vor allem auf die Empfehlung eines vom Kongreß eingesetzten Komitees zur Besprechung der Arbeitslosenfrage zurückzuführen. Einstimmig beschloß der Kongreß, das höchste Ziel der Arbeiterschaft, die Sozialisierung aller Industrien als Gegenwartsforderung zur Hauptlösung und zur Grundlage einer nationalen Politik zu machen. Sollte die Regierung auf die Forderungen der Gewerkschaften nicht eingehen, so soll, so sagte der Vorsitzende, eine nationale Bewegung der passiven Resistenz und der Verweigerung des bürgerlichen Gehorsams (Zurückhaltung der Steuern usw.) in Erwägung gezogen werden.



### Schriftenschau

**Diktatur der Tatsachen.** Von Claus Schrempf. S. Fischer Verlag, Berlin W 57. 199 Seiten. Preis 3,50 M. In der Frühzeit des englischen Kapitalismus, als die Handwerker durch den mechanischen Webstuhl brotlos gemacht und unzählige Bauern von den Lords ihres Ackers beraubt wurden, entstand in den Industrieorten ein himmelschreiendes Elend. Die erwerbslosen Weber und Bauern boten sich und ihre Kinder den Fabrikanten um jeden Preis an, und die Fabrikanten beuteten die Proletarier bis aufs Blut aus. Die geldhäuften Fabrikanten brauchten einen Freispruch von der Verantwortung für die entsetzliche Drangsal der Arbeiter. Diesen Freispruch lieferte Malthus in einem Buche, worin er auseinandersetzt, daß sich die Gaben der Natur in viel geringerem Maßstabe vermehren als die Arbeiterbevölkerung. Diese setze zuviel Kinder in die Welt, so daß nicht alle am Tische der Natur Platz finden könnten. Folglich seien die Arbeiter selbst an ihrem Elend schuld. Karl Marx nannte das Malthussche Buch ein pfäffisch vordekamiertes Plagiat, das „nicht einen einzigen selbstgedachten Satz enthält“. — Von den Schnurrpfeifereien des englischen Pfaffen ist das Buch Schrempfs stark durchwirkt. „Ein System.“ schreibt Schrempf unter anderm, „das es dem Bauern ermöglichen würde, aus seinen zwölf- und vierzehnjährigen Töchtern eine hübsche Rente zu ziehen, indem er sie zur Lohnarbeit in die

benachbarte Fabrik schickte“, habe den Bevölkerungszuwachs weit über das Normale hinaus gesteigert. An diesem einen Zitat schon ist die Weltfremdheit Schrempfs zu erkennen. Schließlich sucht er durch Gegenüberstellung der künftigen Sterbe- und Geburtsfälle seine These von der Diktatur der Tatsachen zu begründen: Die Bevölkerung werde abnehmen und dadurch werde Deutschland oder sein gesellschaftliches und sonstiges Leben tiefgehend verändert werden. Thesen, wie sie Schrempf zum besten gibt, hat es bei jeder Umwälzung des gesellschaftlichen Zustandes gegeben. Es kam jedoch immer anders. Das wird besonders auch diesmal der Fall sein. Doch scheint es müßig, schon heute, ganz am Anfang geschichtlicher Umwälzung sondergleichen, mit Beschreibungen des Zustandes in Jahrzehnten aufzuwarten. Aber jetzt, wo die Welt von einem Überfluß an Lebensgütern schier erdrückt wird, mit Malthusens Schiefäugigkeiten kommen, heißt die große Ursache der gegenwärtigen Misere nicht erfaßt zu haben.

**Die roten Lanzen.** Von A Usler-Pietri. Verlag Der Bücherkreis, Berlin SW 61. 192 Seiten mit 22 Bildern. Ganzleinen 4,30 M. — Der venezolanische Staatsmann entwirft ein lebhaftes Bild der südamerikanischen Landschaft mit seiner bunten Bevölkerung. Das Proletariat der Zuckerplantagen und deren Besitzer, die wilden Kämpfe und deren soziologische Ursachen werden plastisch dargestellt. Man findet da ein wichtiges Stück des Unabhängigkeitskrieges in Südamerika. Der Zauber der tropischen Landschaft wird durch viele Bilder vor Augen geführt.

Anregung...  
Nervenkraft...  
gesunden Schlaf

durch den coffeinfreien  
**GEG-VITA**

aus Ihrem  
Konsumverein!

# CLUB darf niemals

mit anderen 3 $\frac{1}{2}$ 8-Zigaretten verglichen werden denn **CLUB** ist das unerreichbare Vorbild. Vergleichen Sie deshalb **CLUB** mit beliebigen 4 und 58-Marken und wählen Sie dann.



Ein Sammel-Album erhalten Sie für 75 Pfg. bei jedem Zigarettenhändler oder gegen Einsendung von 150 großen bzw. 500 kleinen Gutscheinen von der Bilderstelle Lohse, Dresden A 24, Nossener Straße 1

## Leistung und Verwaltungsaufwand der Gewerkschaften

Mit mehr als 4,1 Millionen Mitgliedern hat der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund das Jahr 1931 abgeschlossen. Die dem ADGB angeschlossenen Verbände zeigten somit in ihrem Mitgliederbestande eine angesichts der furchtbaren Auswirkungen der Wirtschaftskrise beachtenswerte Festigkeit. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder lag Anfang dieses Jahres immer noch über der Mitgliederzahl, die die freigewerkschaftlichen Verbände Ende 1926, also vor dem Konjunkturaufschwung der Jahre 1927 und 1928 aufzuweisen hatten.

Die Gewerkschaften bewährten sich aber nicht nur in ihrem organisatorischen Aufbau hervorragend, auch in ihren Leistungen stehen sie nicht zurück. Seit Beginn der Krise sind von den Gewerkschaften an ihre Mitglieder auch direkte Unterstützungen in einem Ausmaße geleistet worden, daß selbst Gegner der Gewerkschaften dieser sozialen Hilfsaktion größten Stils ihre Anerkennung nicht versagen konnten. Rund 110 Mill. M sind im Jahre 1931 an die Gewerkschaftsmitglieder durch ihre Verbände an Unterstützungen ausgezahlt worden. Im Jahre 1930 betrug diese Summe sogar 124 Mill. M.

Während die Banken ihre Zahlungen einstellten, große Konzerne zusammenbrachen und kaum ein gesellschaftliches Institut ohne Staatshilfe mehr lebensfähig war, haben sich die Gewerkschaften bei Anforderungen höchster Art geradezu glänzend geschlagen. Kein Wunder, wenn die gewerkschaftsfeindliche Presse sich über den jetzt erschienenen Vorbericht des ADGB herztürzt, um an Hand der von den Gewerkschaften in gewohnter Offenheit bis ins einzelne detaillierten Jahresabschlüsse zu behaupten, daß die Gewerkschaften ebenfalls am Ende ihres Lateins wären. Bei 184 Millionen Einnahmen hatten die Gewerkschaften im Jahre 1931 über 216 Mill. M Ausgaben. Aufgeregte Presseleute glauben daraus bereits den finanziellen Ruin der Gewerkschaften herleiten zu können. Dabei zeigt sich in diesen Zahlen doch gerade, daß die Gewerkschaften dank einer vorausschauenden Vermögensbildung den Krisenanforderungen im vollen Umfange gerecht werden konnten. Besonders haben es einige bürgerlichen Zeitungen die „Verwaltungskosten“ der Gewerkschaften angehen, die im vorigen Jahre (trotz Rückganges in den letzten Jahren) immer noch rund 53 Mill. M betragen.

Wie nun jedes Gewerkschaftsmitglied weiß, der bürgerlichen Presse aber offenbar verschiedentlich noch unbekannt sein dürfte, verfügt die Gewerkschaftsbewegung zur Durchführung ihrer sozialen und kulturellen Aufgaben über einen in der Regel sogar tadellos funktionierenden Organisationsapparat.

Die Gewerkschaften — als Sachwalter nicht nur der organisierten mehr als 4 Millionen Arbeiter, sondern als die auch verfassungsmäßig berechneten Vertreter der Arbeiterklasse überhaupt — bedürfen natürlich neben der Mitarbeit Hunderttausender ehrenamtlicher Funktionäre auch der entgeltlichen Arbeit angestellter Funktionäre und eines Stabes leistungsfähiger Kräfte. Ihre Zahl ist, wie wiederholt mit Zahlen nachgewiesen wurde, sogar angesichts der Vielseitigkeit der gewerkschaftlichen Organe und ihrer Aufgaben zuffallend niedrig. Einnahme und Unterhalt von mehr als 12000 örtlicher Verwaltungsstellen und einiger hundert Gen., Bezirks- und Reichsleitungen, die Leitung der mannigfachen sozialen und kulturellen Einrichtungen der Gewerkschaften erzwingen natürlich einen beträchtlichen finanziellen Aufwand für die sogenannte „Verwaltung“.

Über 12000 Tarifverträge haben die Gewerkschaften abgeschlossen. Ende vorigen Jahres unterstanden 8 $\frac{1}{2}$  Millionen Beschäftigte diesen tarifvertraglichen Vereinbarungen, die die Lohn- und Arbeitszeitbedingungen der Arbeiterschaft regeln und die Ansprüche und Arbeitsbedingungen mehrerer Hunderttausend Lehrlinge festlegen.

In 600 Arbeiterssekretariaten und Rechtsanwaltsstellen erlebten die aus Rechtsanwaltschaft nachsuchenden Arbeiter in 900000 Fällen Auskünfte, wurden mehr als 300000 Schriftsätze für sie angefertigt. Neben den 110 Mill. M Unterstützung aller Art, wie Arbeitslosen-, Kranken-, Sterbefall-, Invaliden-, Notfall-, Reise- und Umzugsunterstützung, fanden Hunderttausende hilfsbedürftiger Gewerkschaftsmitglieder persönlichen Rat und Hilfe bei ihren Gewerkschaften. Daß diese umfassende Tätigkeit nur

mit Hilfe einer sorgsamsten Verwaltung der ein- und ausgehenden Mittel zu bewältigen ist, sollte einleuchten.

Man wird die Zahl der neben der verhältnismäßig kleinen Zahl hauptberuflicher Funktionäre ehrenamtlich für die Gewerkschaftsbewegung tätigen Kollegen mit einer halben Million nicht zu hoch beziffern. Bestenfalls erhalten diese ehrenamtlichen Funktionäre ihre Auslagen zurück. Trotzdem summieren sich auch diese bescheidenen Auslagen, die der Verwaltung der Gewerkschaften hinzugerechnet werden, zu beträchtlichen Aufwendungen. Es sind neben den gewerkschaftlichen Betriebsobleuten in der Zeit guter Beschäftigung etwa 300000 freigewerkschaftliche Betriebsräte tätig gewesen, in den Gesellenausschüssen der Handelskammern sitzen rund 10000, in den Ausschüssen der Berufsschulen rund 5000 Gewerkschafter. In den Arbeitsgerichten sind mehr als 10000, in den Arbeitsämtern mehr als 2000 Gewerkschafter ehrenamtliche Beisitzer. In den Sozialversicherungskörperschaften vertreten, durch Wahlen delegiert, mehr als 50000 freigewerkschaftliche Beisitzer die Interessen der Arbeiterschaft. Und unter diesen Beauftragten der Gewerkschaften befinden sich zur Zeit zahlreiche Arbeitslose, die nicht mehr in der Lage sind, die Unkosten aus ihrer Tätigkeit aus eigener Tasche zu bestreiten. Sie bedürfen heute mehr denn je einer Entschädigung aus den Mitteln der Organisationskassen, so daß es zu bewundern ist, daß die Kosten der Verwaltung in den Gewerkschaften in den letzten Jahren gesunken sind.

Man hält es heute beinahe in Deutschland für selbstverständlich, alles, was nicht Unternehmercharakter trägt, mit dem Hinweis auf den sich als notwendig erweisenden Verwaltungsaufwand als unnötige „gesellschaftliche Belastung“ abzutun. Wir kennen das Lied aus dem Kampfe der sozialen Reaktion gegen die Sozialversicherung, wir hören es lange genug aus dem Munde der politischen Reaktion gegen die preußische Polizei, als sie noch nicht in ihren Händen war. Trotz wirtschaftlicher Not, die gewiß auch die Gewerkschaften veranlaßt, mit den sparsamsten Mitteln ihren Aufgaben gerecht zu werden, gilt es den gewerkschaftlichen Organisationsapparat, gilt es alle Einrichtungen der Gewerkschaften, ihre Büros und Volkshäuser, ihre Jugendheime und Bibliotheken zu fördern und nach bestem Können auch weiterhin auszubauen.

## Jubilarfeiern

Die Verwaltungsstelle in Bernburg ehrte am 26. November ihre Jubilare. 27 Kollegen konnte die Ehrung zuteil werden, die in diesem Jahre 25 Jahre dem Verbands als Mitglied angehören. Der Bevollmächtigte, Kollege Rüter, ließ die zahlreichen Teilnehmer willkommen und dankte den Jubilaren für ihre Treue und Mitarbeit in der Organisation. Er erinnerte an

die früheren Kämpfe und Erfolge des Verbandes und verwies dabei auf die Gefahr der heutigen Zeit. Diese wird nur durch Treue, Einigkeit und Opferwilligkeit überwunden, und ist es dann möglich, auch in der Zukunft Erfolge zu erwirken. Der Redner ermahnte insbesondere die jüngeren Kollegen, es den Alten gleich zu tun. Ein künstlerisch ausgeführtes Diplom wurde den Jubilaren überreicht. Im Namen der Jubilare dankte Kollege Schulze für die Ehrung. Bei angenehmer Unterhaltung blieben die Kollegen noch einige Stunden zusammen.

Im Rahmen einer gediegenen Feier, anlässlich des 25jährigen Bestehens des Gesangvereins der Metallarbeiter ehrte die Verwaltungsstelle Königsberg 85 Kollegen, die dem Verbands in den Jahren 1905 bis 1907 beigetreten sind und ihm unentwegt die Treue gehalten haben. Beide Säle des Gewerkschaftshauses waren von unseren Kollegen und deren Angehörigen dicht besetzt. Der Bevollmächtigte, Kollege Grunwald, ehrte die Jubilare als tapfere Vorkämpfer unserer Organisation im reaktionären Osten und stellte sie den jüngeren Kollegen als nachahmenswertes Beispiel von Treue, Solidarität und Disziplin hin. Als Anerkennung überreichte er den Jubilaren die silberne Jubiläumsnadel. Kollege Otto Handke dankte im Namen des Vorstandes herzlich den Verbandsjubilaren und dem Metallarbeiter-Gesangverein. Er schloß mit einem begeisterten Appell an unsere Kollegen, deren Frauen und Jungen, die Organisation auch weiterhin zu fördern. Bei geselliger Unterhaltung blieben die Teilnehmer der wohlgelungenen Feier noch lange beisammen.

## Jubiläumstagung des Tabakarbeiter-Verbandes

Eine der ältesten deutschen Gewerkschaften ist der Deutsche Tabakarbeiter-Verband. Er wurde am 22. November 1882 gegründet. Heute zählt er 60000 Mitglieder. Die 50 Jahre Geschichte sind angefüllt von Kämpfen und harter Arbeit. Die Erfolge sind nicht ausgeblieben. Der diesjährige Verbandstag in Bremen war von einer Krise wie noch nie überschattet. Der Verbandsvorsitzende Husung berichtete von Betriebsstilllegungen und ähnlichen Krisenerscheinungen. Darunter mußte naturgemäß auch die Organisation leiden. Der Bericht des Kassierers Krohn zeigte die Krisenwirkungen in Zahlen. Der Verband hat riesige Beträge für die Unterstützungen aufwenden müssen. Es ist erfreulich, daß in der Aussprache die Tätigkeit des Vorstandes allgemein anerkannt wurde. Der Entlastungsantrag wurde gegen eine Stimme angenommen. Der Kollege Eggert vom ADGB sprach über die Lage der Weltwirtschaft. Aus Anlaß des 50jährigen Bestehens des Verbandes beschloß der Verbandstag einmalige Sonderunterstützungen für alle arbeitslosen und kranken Mitglieder. Der Verbandsvorstand wurde wiedergewählt.

### Schriftenschau

**Briefe an einen Arbeiter.** Von Upton Sinclair. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin SW 10. 186 Seiten. Organisationsausgabe 2,50 M. — Der berühmte Schriftsteller schildert in diesem Buche in Briefform die Ausbeutung des Arbeiters durch den Kapitalismus. Verschiedene Schilderungen mufen an, als wären sie in Deutschland geschrieben wären.

**Herz in Flammen.** Von Berta Selinger. Verlag Der Bücherkreis, Berlin SW 61. 216 Seiten. 4,30 M. — Eine Frau beschreibt das Ringen der sozialistischen Arbeiterschaft vor dem Kriege vom grauen Alltag bis zur heroischen Höhe. Da dies in weitherziger Weise geschieht, ist das Buch vorzüglich geeignet, dem Leser den politischen Dingen, Bestrebungen, Leiden und Menschen der jüngsten sozialistischen Vergangenheit näherzubringen. Ein Frauenroman, und doch keiner, sondern mehr.



### Bei Blasen- und Nierenleiden

Wasserhals, Harntrange, Stein- und Eiterbildungen in den Harnorganen helfen die zuwiegenden und aufstrebenden Stoffe aus Harnorganen am raschesten und sichersten. Aus den wirksamsten Blasen- und Nierensteinen pressen wir in unserer Fabrik **Blasen- und Nierensteinsalz Nr. 12**, welches aufstrebend und auslösend auf Stein- und Eiterbildungen wirkt, die Harnorgane reinigt, Blase und Niere kräftigt. Bitte beschreiben Sie (Son. fast jedem Helfer). Flasche nur 2,50 M., 3 fl. 7,50 M., zur mit 6 fl. 14.— M., mit 10 fl. 22.— M., ab 3 fl. porto Kaufmann durch den

Herzbein-Steinzerparaphil, Philippsburg G. m. b. H., Philippsburg 304 (Tab.).  
Für alle anderen Krankheiten helfen wir ebenfalls Spezialmischungen. Bestellen Sie bitte sofortige Bestätigung.

### Großer Preisabbau! Billige böhmische Bettfedern!

1 Pfund große, gute, geschlossene Bettfedern 60 Pfg., bessere Qualität 80 Pfg., halbwelbe, flammige 1 M., 1 M 20; weiße, flammige, geschlossene 1 M 50, 1 M 90, 2 M 50, feinste, geschlossene flammige Herrschaftsbettfedern 3 M., 4 M., 5 M., flammige, geschlossene, mit Flamm gemengt, halbwelbe 1 M 20, weiß 1 M 40, weißer, oberster Flamm 2 M 25, 3 M 25, 4 M 25. Wasser- und Feuchtkeitsfrei. Versand jeder Menge zeitfrei gegen Nachnahme. Von 10 Pfd. an auch portofrei. Nichtpassend wird umgetauscht od. Geld zur. S. BENSCH in 1240 XIL, AMERICA ULICE NR. 689, BÖHMEN.

### Werkzeuge aller Art!

Werkzeugliste gratis  
Werkzeugausschuss  
Hogen L. W. 102.

**Betten**  
Schlaf-  
Polster-  
Schlaf-  
matr. ad. p. m. T. L. K. S. B.  
Schlaf-  
matr. ad. p. m. T. L. K. S. B.